LANDESJUGENDAMT

inform

3/2007

jugendhilfe & schule

Kita & Schule

Kinderschutz

Ganztag & Kommune

EU-Förderung 2007-2013

Absturz verhindern

Hilfen zur Erziehung und Schule sichern gemeinsam

LANDSCHAFTS VERBAND RHEINLAND LVR

Qualität für Menschen

in eigener sache

Aktuelle Fälle wie der tragische Tod des erst zweijährigen „Max Luca“ in Euskirchen lösen Bestürzung aus und finden eine breite mediale Öffentlichkeit. Die Frage, ob und wie der auch im Falle von „Max Luca“ im Nachhinein offensichtlich erscheinende Leidensweg des Kindes hätte unterbrochen werden können, ja müssen, stellt sich zurecht. Deutlich wird erneut, wie früh entsprechende Hilfesysteme ansetzen müssen – das Leiden beginnt oft genug schon mit der Geburt. Die Initiative des Landes zum Kinderschutz (Seite 24) ist von daher zu begrüßen.

Die Gefahren und Risiken, denen Kinder früh ausgesetzt sind, kennen Fach- und Lehrkräfte in Schule und Jugendhilfe schon seit langem. Besondere Bedeutung haben dabei die vielen Fälle von Gefährdung, die glücklicherweise nicht so tragisch enden wie im Fall von „Max Luca“, für die betroffenen Mädchen und Jungen gleichwohl mit belastenden Erfahrungen verbunden sind und weitreichende Folgen für deren weiteres Leben haben können. Eine enge Zusammenarbeit der verantwortlichen Akteure in Schulen und bei den Trägern der Hilfen zur Erziehung bietet die Chance, so manchen „Absturz“ zu verhindern – die von mir angeregten Empfehlungen (Seite 9) sollen den Aufbau der dafür notwendigen Kooperationsstukturen in den Kommunen unterstützen.

Eine wichtige Rolle für frühzeitige Hilfen spielt zudem der Ausbau der Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich. Erste Erfahrungen zeigen, dass die verstärkte Aufmerksamkeit von Lehr- und Fachkräften im Ganztag dazu führt, dass Unterstützungsbedarfe bei den Kindern frühzeitig erkannt werden. Um diese Bedarfe angemessen aufgreifen zu können, müssen allerdings ergänzende Hilfeleistungen in den Ganztagskonzepten integriert werden – es bleibt also noch viel zu tun.

Es grüßt Sie Ihr

Michael Mertens
Leiter des Dezernates Schule, Jugend

INHALT

Schwerpunkt

Integration statt Ausgrenzung: Szenario eines zukünftigen Profils der Kooperation von Hilfen zur Erziehung und Schule *von Hiltrud Wegehaupt* 3

Empfehlungen zur Kooperation von Schule und Trägern der Hilfe zur Erziehung in NRW 9

Schlaglicht

Gewaltfrei miteinander umgehen durch Konfliktmanagement und Mediation *von Dr. Brigitta Hogger* 10

Lernen angesichts der Klimakatastrophe *von Prof. Dr. Astrid Kaiser* 12

Aufruf NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ 14

Das Projekt

ponte: Kindergärten und Grundschulen auf neuen Wegen *von Sandra Piper u.a.* 15

Der Buddy-Ansatz: Junge Zuwanderer coachen sich gegenseitig *von Dr. Elvira Spötter* 19

Projektausschreibungen zu „Kultur“, „Kinderarmut“, „Gemeinschaft bildet“ und „Demokratie“ 21

NRW

Kinderschutz: Initiativen des Landes 24

Fortbildung für Betreuungskräfte an Offenen Ganztagsgrundschulen *von Birgit Elbe-Lange* 26

Sicherheitsförderung und Aufsicht im Ganztag 28

Schule: Neuerungen im Schuljahr 2007/08 29

Studie „Entwicklung der Offenen Jugendarbeit durch die Kooperation mit Schule“ 30

BUND

Ganztagsschulkongress 2007: Ganztagsschulen und lokale Verantwortung *von Ralf Augsburg* 31

Lebenswelt Schule: Modellprogramm zur Entwicklung lokaler Bildungslandschaften 33

LOS – Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke wird fortgesetzt“ 34

EU

Informationen zur EU-Förderung 2007 bis 2013 *von Christian Hampel* 35

Impressum 38

SCHWERPUNKT

Integration statt Ausgrenzung

Szenario eines zukünftigen Profils der Kooperation von Hilfen zur Erziehung und Schule*

von Hiltrud Wegehaupt

1. Ausgangslage für eine Annäherung zwischen Schule und HzE

Ausgangslage aus Sicht der Erziehungshilfe

Die heutige Erziehungshilfe (HzE.) hat ihre Wurzeln im „Bildungssystem". Die ersten Heime (Rettungshäuser) waren immer auch Bildungsanstalten für ausgegrenzte Kinder und Jugendliche. Erst später wurde die strukturelle Trennung zwischen Jugendhilfe und Schulwesen vollzogen.

Heute zählen „Schulschwierigkeiten" zu den häufigsten Gründen für die Aufnahme in Heimen oder für die Nutzung ambulanter, teilstationärer Hilfen. Zum Beispiel wurde im Rahmen der „Jule"-Studie zu „Leistungen und Grenzen der Heimerziehung" festgestellt, dass in 46% aller Fälle (von 284) „Lern- und Leistungsrückstände" Gründe für die Inanspruchnahme einer teilstätionären oder stationären Erziehungshilfeleistung waren – bei Mädchen waren es 40%, bei Jungen sogar 51% (Späth, S. 29). Ergebnisse einer Unesco-Studie zeigen: Das deutsche Schulsystem sondert aufgrund des dreigliedrigen Systems Schüler/-innen aus bildungsschwachen und sozialschwachen Milieus aus. Die Familien aus diesen Milieus sind häufig auch die Nutzerinnen von Hilfen zur Erziehung.

Die Mitarbeiter/-innen der Erziehungshilfe haben also Erfahrung mit bildungsschwachen und sozialschwachen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, es ist ein großes Expertentum für Ausgegrenzte vorhanden. Aufgrund von lebenswelt- bzw. sozialraumorientierten Konzepten und einem ressourcenorientierten Ansatz in der Einzelfall- und Familienhilfe sind die Mitarbeiter/-innen zunehmend auch für die Integration von ausgegrenzten jungen Menschen und deren Familien qualifiziert. Die Grundhaltung in der Erziehungshilfe ist ein systemisches Verständnis von Problemen, neben dem „auffälligen Kind oder Jugendlichen" werden auch die Familie und das gesamte Umfeld mit in die Hilfeplanung einbezogen. Die Hilfen sollen möglichst „passgenau" sein und werden nach Möglichkeit so entwickelt, dass sie auf die Problemlage des jungen Menschen und seiner Familie abgestimmt sind. Man spricht auch von der „Entsäulung der Hilfen", d.h. verschiedene Hilfeformen werden nicht mehr ausschließlich nach den im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorgeschriebenen Paragraphen vorgehalten. Stattdessen werden vielfältige, flexible Hilfen je nach dem Bedarf des einzelnen Falles mit Beteiligung der Betroffenen entwickelt.

Hilfen zur Erziehung werden weitgehend freiwillig wahrgenommen. Mit der Einschaltung in die Bildungsdebatte realisiert die Erziehungshilfe auch ihre

* *Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die redaktionell überarbeitete Fassung des Vortrages, den Frau Wegehaupt zum Abschluss der Tagung des LWL–Landesjugendamtes „Hilfen zur Erziehung im Regelsystem der offenen Ganztagsschule" am 31.05.2007 gehalten hat.*

gesellschaftliche und jugendhilfepolitische Funktion eines „Anwalts von Kindern und Jugendlichen“ bzw. die „Einmischungsfunktion“ (s. Merchel, S. 75).

Ausgangslage aus Sicht der Schule

Schule ist Expertin für die Wissensvermittlung und zuständig für alle Schulkinder. Sie ist eine Pflichtveranstaltung. Kinder und Jugendliche müssen in Deutschland 10 Jahre zur Schule gehen und Eltern sind verpflichtet, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Die Gestaltung des Schulalltags richtet sich nach Lehrplänen, die für die einzelnen Bundesländer entwickelt werden. Die Schüler/-innen werden in Klassen von bis zu 25 Personen zusammengefasst, Einzelbetreuung kann nur selten stattfinden. Den Eltern werden pro Halbjahr im Rahmen von Elternsprechtagen wenige Minuten zum Gespräch mit den Lehrer/-innen zur Verfügung gestellt, einmal im Halbjahr findet ein Elternabend statt. Es gibt Schulen, die sich in ihren Stadtteil integrieren (Öffnung der Räumlichkeiten für Vereine, Mitwirkung bei Stadtfesten usw.) und immer mehr Schulen entwickeln ein eigenes Konzept bzw. Profil und kooperieren z.B. mit Kitas, Betrieben oder Beratungsstellen. Als Ganztagsschule/Offene Ganztagsschule im Primarbereich (kurz: OGS) hat Schule nun einen höheren Stellenwert im Sozialisationssystem als zuvor.

Einige Kinder überfordern jedoch den Schulbetrieb und das schulische Betreuungssetting. So ist z.B. im 11. Kinder- und Jugendbericht von 200.000 „Intensivschwänzern“ die Rede; im Rahmen der PISA-Studien ist von 1, 5 Millionen Schüler/-innen mit erheblichem schul- und unterrichtsergänzenden Förder- und Unterstützungsbedarf die Rede (Späth, S. 32). Nur jeder sechste junge Mensch aus diesen Problemgruppen kann – rein rechnerisch – Hilfen zur Erziehung erhalten.

Bisherige Berührungspunkte und Kooperationen

Berührungspunkte bzw. Kooperationen zwischen Schule und Erziehungshilfe entstehen bisher in der Regel durch konkrete „Fälle“ vor Ort (Kind in Heim- oder Tagesgruppe, Sozialpädagogische Familienhilfe/SPFH), Ausgangspunkt der Kooperation sind hier die gemeinsamen „Problemkinder“ („Mein Schüler ist dein Klient – Mein Klient ist dein Schüler“). Darüber hinaus sind Träger der Erziehungshilfe zunehmend auch Träger von Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich; die Konzepte dafür sind jedoch häufig additiv und nur in wenigen Fällen integrativ.

2. Wie kann es zwischen beiden Systemen zu einem gemeinsamen Dritten kommen? – Mit fließendem Austausch, Vernetzung, Kooperation

Voraussetzungen: Gemeinsames Leitbild

Kooperation ist kein Qualitätskriterium an sich, sie ist inhaltslos, solange sie nicht zum Programm wird und grundlegende Voraussetzungen miteinander geklärt werden. Eine Voraussetzung ist ein gemeinsames Leitbild. Dieses könnte z.B. lauten: „Kinder und Jugendliche intellektuell und sozial auf das Leben vorbereiten“. Dazu gehören für die jungen Menschen sowohl fachliches Wissen als auch soziale und kommunikative Fähigkeiten, Selbstwertgefühl, Vorbereitung auf die Rolle als Vater oder Mutter, Vorbereitung auf ein Leben mit wenig Geld, Vorbereitung auf einen Prozess des lebenslangen Lernens. Aufgrund unklarer Lebensperspektiven für viele junge Menschen könnte das gemeinsame Leitbild lauten: „Erziehungshilfe und Schule bereiten die jungen Menschen darauf vor, mit Unvorhergesehenem im Leben klarzukommen.“

Voraussetzungen: Gemeinsamer Auftrag

Viele Kinder und Jugendliche leiden unter einer Doppelbelastung: Zum einen erleben sie Misserfolge in der Schule und sind zum anderen zu Hause bzw. in ihrem Umfeld erheblichen Belastungen ausgesetzt. Wenn sie aus einem sozial belasteten Milieu kommen, wenn sie von Armut betroffen sind, führt das in den meisten Fällen zu massiven Auffälligkeiten in der Schule und im sozialen Umfeld. Kinder und Jugendliche, die in beiden Bereichen auffällig sind, werden zurzeit noch häufig in Förderschulen ausgegrenzt bzw. in der Erziehungshilfe betreut, je nach Grad der Auffälligkeit und Stabilität des Elternhauses ambulant, teilstationär oder stationär. Der Grad der Ausgrenzung wächst, je auffälliger der junge Mensch ist. Ein gemeinsamer Auftrag für Schule und Erziehungshilfe könnte z.B. lauten: „Für beide Belastungen Hilfestellung geben und dadurch Ausgrenzung vermeiden, denn die Spätfolgen von Ausgrenzung wirken sich extrem negativ aus – gesellschaftlich und wirtschaftlich“. Ausgrenzung kann

vermieden werden, wenn Förderschulen sich flexibilisieren und ambulant an den Regelschulen arbeiten und wenn die Erziehungshilfe Angebote in der Schule macht, um schon bei ersten Auffälligkeiten gemeinsam mit Lehrer/-innen den jungen Menschen und seine Familie zu unterstützen.

Voraussetzungen: Gemeinsames Profil trotz unterschiedlicher Wurzeln

Wenn Erziehungshilfen und Schulen integrativ tätig werden wollen, benötigen sie als Grundlage ein gemeinsames Profil. Beide müssen die Ausgrenzung einzelner Kinder ablehnen und die Integration (besser noch Inklusion) wollen. Da die freien Träger „nur" Anbieter von Erziehungshilfe sind, die Jugendämter allerdings die Auftraggeber und Kostenträger, ist es notwendig, dass auch von dieser Seite das gemeinsame Profil mit konzipiert und getragen wird.

Gemeinsame Arbeitsaufträge, gemeinsames methodisches Profil, bezogen auf Kinder und Jugendliche bzw. Schüler/-innen aus Sicht der Erziehungshilfe

Erziehungshilfe richtet in der Regel als erstes den Blick auf die sozialen und persönlichen Auffälligkeiten, die Anlass dafür sind, dass ein Angebot der Hilfen zur Erziehung gemacht wird. Sie entwickelt bestimmte Konzepte und Methoden, damit sich die Auffälligkeiten minimieren. Kinder auch als Schulkinder zu sehen ist eine zusätzliche Sichtweise und beinhaltet, dass Kinder auch in ihrer Entwicklungsaufgabe „Schüler-Sein" wahrgenommen und begleitet werden müssen. Dazu gehören neben den kognitiven Aufgaben auch die sozialen Aspekte wie z.B. „den Lehrer als Lehrer behandeln", sich „eine Position in der Klasse erarbeiten" sowie eine „Zugehörigkeit zur Organisation Schule entwickeln" (Dr. Norbert Wieland, unveröffentlichtes Manuskript 2006).

Manchmal fällt es „der" Erziehungshilfe schwer, Kinder und Jugendliche auch als Schulkinder zu sehen. Aufgaben, die Schule an Erziehungshilfe delegiert wie z.B. Schulaufgaben machen, für Ordnung in der Schulmappe sorgen, zusätzliche schulische Förderung, soziales Training etc. stellen einen Teil des Erziehungsalltags in Heimgruppen und Tagesgruppen dar und sind meist bei den Mitarbeiter/-innen nicht sonderlich beliebt. Nur wenige Einrichtungen haben z.B. dieses Aufgabenfeld zu einem „Schlüsselprozess" in ihrem Qualitätsmanagement erklärt, und nur wenige Fachkräfte lassen sich in Methoden zur Schulaufgabenbegleitung fortbilden. Die negative Haltung gegenüber diesen Aufgaben hängt sicherlich auch mit den unbefriedigenden Rahmenbedingungen zusammen. Wenn eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter allein im Dienst ist, ist es schwierig, mit bis zu neun Kindern bzw. Jugendlichen gleichzeitig eine effektive und gezielte Schulaufgabenbetreuung durchzuführen.

Zu Beginn der Diskussion um außerschulische Bildung wurden in der Erziehungshilfe mehr die informellen Bildungsprozesse genannt, die für Kinder und Jugendliche wichtig sind (siehe auch Untersuchung des AFET: Was lernt man beim Fußballspielen, beim Kochen usw.). Erst allmählich erarbeiten sich einige Erziehungshilfeeinrichtungen ein deutlicheres Profil in Bezug auf die Qualifizierung von formellen und informellen Bildungsprozessen. Insbesondere für die Klientel, die in der Erziehungshilfe betreut wird, ist es notwendig, den Bildungsprozess ganzheitlich zu sehen.

Gemeinsame Arbeitsaufträge, gemeinsames methodisches Profil, bezogen auf Kinder und Jugendliche bzw. Schüler/-innen aus Sicht der Schule

Schule muss aufgrund der Anforderungen von außen und aufgrund der

LVR-Fachtagung „H wie Hilfen zur Erziehung" am 20.11.2007 in Köln

Im Rahmen der Reihe „G wie Ganztag" des Landesjugendamtes Rheinland findet am 20 November 2007 die Tagung „H wie Hilfen zur Erziehung" statt. Im Zentrum der Tagung wird die Frage stehen, wie sich Angebote aus dem Leistungsspektrum der Hilfen zur Erziehung – das sind insbesondere Angebote nach § 27 in Verbindung mit § 29 bis 32 SGB VIII: Hilfe zur Erziehung, Soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistand/Betreuungshelfer, Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe sowie § 28 SGB VIII: Erziehungsberatung – in die Offene Ganztagsschule im Primarbereich einbinden lassen, um Kinder mit besonderem Förderbedarf in den Ganztag zu integrieren, gut zu begleiten und zu unterstützen.

Einige Kommunen und Kreise mit ihren Fachleuten aus Jugendhilfe und Schule und die Schulen selbst haben sich hier auf den Weg gemacht und werden im Rahmen der Tagung die Chancen und Möglichkeiten, aber auch Stolpersteine und Schwierigkeiten erläutern. – Die Ausschreibung mit konkretem Programm erfolgt Mitte Oktober 2007.

„G wie Ganztag" 2008

Für 2008 sind in der Reihe „G wie Ganztag" folgende Veranstaltungen geplant:

– „K wie kommunale Steuerung" am 14. April 2008;
– „H wie Hausaufgaben" am 2. September 2008;
– „K wie Kinder im Blick" am 18. November 2008.

Weitere Infos & Kontakt: LVR, Dez. Schulen, Jugend, 50663 Köln, Frau Dr. Kleinen, Telefon 0221/809-6940, E-Mail: karin.kleinen@lvr.de, im Internet: www.jugend.lvr.de

besonderen Rahmenbedingungen Kinder und Jugendliche in erster Linie als Schüler/-innen sehen. „Funktionieren" die jungen Menschen in dieser Rolle nicht, sollte sich der Blick weiten und auch die individuelle Lebensbiographie, die Situation in der Familie, das Lebensumfeld sowie die materiellen Bedingungen usw. umfassen. Auch hier müssen wir die ungünstigen Rahmenbedingungen beachten: In einer Klasse mit 25 Kindern bzw. Jugendlichen ist eine individuelle Ansprache nur sehr schwer möglich. Ein Mehr an individueller Ansprache führt allerdings laut einer Schuluntersuchung in Englang zum positiven Schulabschluss (und zu weniger Burn out bei den Lehrer/-innen).

Gleichzeitig gibt es sie auch, die Versuche, Schule als „Lebensort" zu gestalten. Ganztagsschulen, wie sie z.B. die in dem Film von Reinhard Kahl „Treibhäuser der Zukunft" gezeigt werden, sind Schulen mit mehr Zeit und haben eindeutig mehr Chancen zu „Lebensorten" zu werden.

Gemeinsame Arbeitsaufträge, gemeinsames methodisches Profil bezogen auf Eltern bzw. Familien

Der 12. Kinder- und Jugendbericht beschreibt und problematisiert Bildungsprozesse, -angebote und -leistungen und gewinnt daraus die „Zukunftsperspektiven für ein öffentlich verantwortetes System von Bildung, Betreuung und Erziehung" (540 ff.). Auch die Familie in ihrer Bedeutung für diesen Prozess wird erwähnt: „Mit der Familie fängt alles an, auch die Bildung (...) Familie ist die einzige bildungsrelevante Sozialform, in der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsprozesse permanent ineinander übergehen." (123). Doch was passiert, wenn Familien diese „bildungsrelevante Sozialform" nicht abbilden, wenn Erziehung, Betreuung und Bildung nicht gelingen, weil persönliche und materielle Probleme massiv im Vordergrund stehen?

Aus Sicht der Schule: Schule hat nur wenig Zeit für Eltern, es gibt wenig systemisch ausgebildete Lehrer/-innen, die den Kontakt zu schwierigen Eltern auch methodisch leisten könnten, doch es gibt Projekte mit ersten Annäherungen: Die Dortmunder Schule in der Nordstadt (Kleine Kielstraße) hat im letzten Jahr den Deutschen Schulpreis erhalten. Sie überzeugte die Jury auch durch die enge Zusammenarbeit mit Familien und Kindergärten: In der Schule gibt es ein „Elterncafe", mit den Eltern werden „Erziehungsverträge" geschlossen. So werden für die Eltern mehr Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet, auch für die Eltem untereinander.

Aus Sicht der Erziehungshilfe: In den verschiedenen Angeboten der Erziehungshilfe ist Elternarbeit ein wichtiges Modul in einem systemisch orientierten Konzept. Neu ist möglicherweise, dass in der Elternarbeit die Eltern als „Schülereltern" wahrgenommen werden müssen. An Eltern von Schüler/-innen werden besondere Anforderungen gestellt: Sie müssen für ihre Söhne und Töchter einstehen können, müssen ihren Kindern den Rücken stärken, müssen mit ihren Kindern über Schule reden können – und sie müssen praktische Hilfen fürs Schüler-Sein bieten (z.B. Grundbedürfnisse sichern, schulbezogene Hilfen geben).

Erziehungshilfe und Schule müssen die Eltern gemeinsam in ihrer Rolle als Schülereltern unterstützen: Zum einen indem sie die Anforderungen an die Eltern übernehmen (z.B. wenn die Kinder in einer Heimgruppe leben), zum anderen indem sie die Eltern bei der Erfüllung ihrer Anforderungen unterstützen. Themen sind hierbei z.B.:

- Armut kompensieren (Lernorte und Lernzeiten zur Verfügung stellen – z.B. in der OGS; bei Geldnot Teilnahme an Schulaktivitäten sichern).
- Informationsdefizite ausgleichen (über Elternrechte und Schülerrechte informieren, Anforderungen des Schüler-Seins, Strategien für die Kommunikation mit Lehrer/-innen und Strategien für die Betreuung von Hausaufgaben vermitteln).
- Verarbeitung eigener Schulerfahrungen unterstützen (Kränkungen durch Schule besprechen, „Bildungsferne" besprechen, möglicherweise durch Bildungsangebote relativieren).
- Bei schulbezogenen Konflikten mit Söhnen/Töchtern unterstützen (eigene Konfliktanteile klären, Einfühlung in die Bedürfnisstruktur der Kinder fördern, bei Konflikten moderieren).
- Die Eltern bei Konflikten mit Schule unterstützen (Moderationsfunktion).
- Bei Bindungsproblemen zwischen Eltern und Kindern Hilfe anbieten.

(Dr. Norbert Wieland, 2006)

Wenn es Schule und Erziehungshilfe gemeinsam nicht gelingt, die Eltern mehr zu integrieren, gelingt es auch nicht, die Kinder bzw. Jugendlichen mehr in die Schule zu integrieren. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Eltern von Schulverweigerern sich selbst auch „schulfern" verhalten – diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen.

Gemeinsame Arbeitsaufträge, gemeinsames methodisches Profil bezogen auf den Sozialraum

Schule ist ein Lebensort für junge Menschen („Jungsein bedeutet Schülersein", so Münchmeier) – neben Familie, Peergroups, Orten im Stadtteil oder im ländlichen Umfeld. Die Ganztagsschule nimmt noch mehr Raum ein als Lebensort und als Sozialisationsinstitution.

Wenn es Schule, und hier insbesondere der Ganztagsschule gelingt, das schulische Umfeld in die Schule hineinzuholen, dann hat sie umso mehr die Chance, zu einem Lebensmittelpunkt der Schüler/-innen und ihrer Familien zu werden. Dieses kann gelingen durch die Einladung von Handwerker/-innen, Künstler/-innen und verschiedenen Eltern in den Unterricht zur Mitgestaltung des Lehrplanes sowie zur Durchführung von Projekten und durch schulische Aktivitäten im Sozialraum, z.B. bei Festen, Umweltaktionen u.a.

Schule kann mehr als nur Schule sein: Das Konzept der Familienzentren ließe sich auch auf Schule übertragen und mit Angeboten der Jugend- und Erziehungshilfe verbinden. Denkbar wären z.B. Angebote für die gesamte Familie, niederschwellige Beratungsangebote, kulturelle Veranstaltungen sowie die Nutzung der Ressourcen von Familien, Kindern und Jugendlichen.

3. Beispiele aus einer gemeinsamen Praxis von Schule und Hilfen zur Erziehung

(a) Kontakt halten und gemeinsamer Auftrag im Sozialraum:

– Mitarbeiter/-innen aus Jugendhilfezentren kommen täglich zu Besuch auf den Schulhof, um mit Schüler/-innen und Lehrer/-innen Kontakt zu halten.
– Mit der Methode „Video-School-Training" gewinnen Lehrer/-innen und Erziehungshilfemitarbeiter/-innen gemeinsam einen anderen Blick auf auffällige Kinder.
– An einer Grundschule nutzt ein Team, bestehend aus Lehrerin und Sozialpädagogin, die überlappende Mittagszeit zum Austausch.
– Lehrer/-innen lernen über sozialpädagogische Freizeitprojekte der OGS die Kinder neu kennen.

(b) Hilfen zur Erziehung integriert in Schule sowie Coachingsysteme:

– Ambulante Dienste bieten Soziale Gruppenarbeit, Deeskalationstrainings und andere Gruppenangebote an Grund- und Hauptschulen an.
– Tagesgruppenplätze werden in die Schule integriert, Tagesgruppenmitarbeiter/-innen und Lehrer/-innen bilden ein Team und sind für drei „Erziehungshilfe-Fälle" offiziell zuständig, wirken aber in die ganze Klasse hinein (Schulverweigerer–Prävention).
– An einer Schule in einem Stadtteil mit erhöhten Gewalttaten (Beispiel FAN e.V. in Berlin) werden 50 Wochenstunden für sozialpädagogische Fachkräfte an der Schule über Hilfen zur Erziehung finanziert. Eltern und verschiedene Hilfesysteme werden in den schulischen Alltag einbezogen, es gibt klassenübergreifende Angebote und kollegiale Beratung für Lehrer/-innen (Fallreflexion).
– Das Bundesmodellprojekt „Die 2. Chance", ein Schulverweigerungsprojekt an 77 Standorten bundesweit, legt den Schwerpunkt auf Netzwerkarbeit: Lehrer/-innen, Allgemeiner sozialer Dienst, Betriebe, Familien, Peergruppen sowie einzelne Schüler/-innen und Lerngruppen arbeiten zusammen, die Koordination der verschiedenen Bezugsgruppen wird geleistet.

(c) Familienkonzepte:

– Sozialpädagogische Fachkräfte aus Erziehungshilfeeinrichtungen leiten mit ihrem Know-how (z.B. Elternaktivierung) Elterngruppen an Schulen und bieten niederschwellige Beratungsangebote für einzelne Eltern an.
– Familienorientierte Schülerhilfe (nach dem Heidelberger Modell von Frau Prof. Rothe des CJD, Anklam) hat den Grundsatz: „Mit der Familie planen statt für die Familie planen". Es gibt regelmäßige Hausbesuche; Teilnahme, Mitwirkung und Mitverantwortung der Eltern an Schule wird ermöglicht.

4. Fazit und Vision

Aufgrund gemeinsamer Aufträge und politischer Vorgaben (OGS, PISA) ist nach der ersten Phase der Vorurteile und der Abgrenzung jetzt eine Annäherung der beiden Systeme möglich. Dabei verändert Schule Hilfen zur Erziehung – doch Hilfen zur Erziehung verändern auch Schule. Erziehungshilfe hat keinen eigenen Bildungsauftrag in Bezug auf Wissensvermittlung, sondern kann junge Menschen mit pädagogischen Methoden und Haltungen dabei begleiten, wieder lernen zu lernen – und sie kann Eltern befähigen bzw. aktivieren, Präsenz zu zeigen als Eltern von Schulkindern.

Gleichwohl wird aufgrund von mehr Annäherung und mehr Wissen um den anderen Bereich die Schule „pädagogischer" werden, während die Hilfen zur

Auszug aus der Konzeption von JOB e.V.

Das pädagogische Konzept

Durch unser integratives Konzept verbleiben die Schüler/-innen im Klassenverband und erhalten parallel in kleinen Lerngruppen von den Projektlehrern der Schule eine speziell auf sie abgestimmte Förderung. Im Nachmittagsbereich bieten wir verschiedene außerschulische Angebote an.

Des weiteren erfolgt eine feste Einbindung der Eltern, indem sie u.a. zur Teilnahme an regelmäßigen Eltemveranstaltungen verpflichtet werden. Zudem besteht das Angebot einer familientherapeutischen Beratung und können die Eltern an einem regelmäßig stattfindenden Konflikttraining teilnehmen.

Unter Beachtung der individuellen Ausgangslage der Schüler/-innen wird von einer intensiven Betreuungs- und Integrationsphase von drei bis sechs Monaten und einer Nachbetreuungszeit von ca. drei bis maximal sechs Monaten ausgegangen.

www.zweite-chance.eu

Erziehung „lernorientierter“ werden. Es wird keine grundsätzlich sozialpädagogisch orientierte Schulreform geben, aber es werden sich durch die Öffnung der einzelnen Schulen und die Flexibilisierung der Erziehungshilfe Vernetzungen, Projekte und Veränderungen von Strukturen und Haltungen entwickeln.

Notwendig für eine positive weitere Entwicklung sind gute Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit, ausreichende Zeit für Veränderungsprozesse, eine enge Zusammenarbeit auch auf der Planungsebene (Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) sowie eine kommunale Politik, die die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit sieht Ausgrenzung längerfristig zu vermeiden.

Darüber hinaus müssen Schule und Hilfen zur Erziehung mehr voneinander wissen und eine gemeinsame Sprache finden (ein gutes Beispiel dafür ist die Broschüre „Hilfen zur Erziehung erfolgreich mitgestalten: Eine Einführung für Lehrerinnen und Lehrer“, siehe Literaturliste).

Visionen

- Die konsequente Zusammenarbeit von Erziehungshilfe und Schule macht einen Wechsel der Kinder auf eine Förderschule nicht mehr notwendig und verhindert einschneidende Erziehungshilfemaßnahmen und unnötige Schulwechsel.
- Förderschulen arbeiten zukünftig ambulant und integrativ.
- Ganztagsschulen werden ein Lebensort für junge Menschen und ein Ort für Familien.

Schluss-These

Nur ein Gesamtkonzept zwischen Jugendhilfe/Erziehungshilfe und Schule wird dazu beitragen, die bestehenden Abhängigkeiten der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft zu überwinden und damit Ausgrenzung zu vermeiden.

Zur Autorin:

Hiltrud Wegehaupt ist Diplom Sozial- und Heilpädagogin, hat ca. 10 Jahre lang Erfahrungen in Heim- und Tagesgruppen gesammelt und ist seit fast 20 Jahren in der Verbandsarbeit als Referentin für Erziehungshilfe tätig.

Die Mitgliedseinrichtungen des Verbandes bieten ambulante, flexible, teilstationäre und stationäre Erziehungshilfe an; einige von ihnen sind auch Träger von OGS (siehe Auszug Konzept auf vorangegangener Seite).

Kontakt:
Hiltrud Wegehaupt,
Eckart-Fachverband,
Friesenring 32, 48147 Münster
Telefon 0251/2709265, E-Mail:
wegehaupt-schlund@dw-westfalen.de

Literaturhinweise:

- Asen, Eia: „We do need no education – Schulverweigerer, unbeschulbare Kinder, ratlose Eltern, hilflose Lehrer – systemische Ideen“. Unveröffentlichter Vortrag – 16.5.2007 Context – Institut Berlin (siehe auch unter: *www.cnwl.org/Marlborough FamilyService.html*)
- 12. Kinder- und Jugendbericht: „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule“. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2005
- Landesjugendamt und Westfälische Schulen, Broschüre „Hilfen zur Erziehung erfolgreich mitgestalten“. Eine Einführung für Lehrerinnen und Lehrer (2001). Als PDF-Datei im Internet unter *www.lwl.org* erhältlich.
- Merchel, Jochen: „Markierungspunkte für fachliche und organisatorische Veränderungen in der Erziehungshilfe: Wollen oder müssen sich die Akteure der Erziehungshilfe bewegen. In: Knuth,N./Koch,J./Nüsken.D./Wolff,M. (Hg.): Hinter`m Horizont geht`s weiter ... Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe. IGFH – Eigenverlag 2006
- Reader „Chancen für Schulmüde“: Reader zur Abschlussveranstaltung des Netzwerkes Prävention von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung am Deutschen Jugendinstitut e.V., S. 185 (siehe unter: *www.dji.de/schulmuedigkeit*)
- Späth, Karl: „Zum Verhältnis von Erziehungshilfe – Schule – Bildung“. In: Schule und Jugendhilfe – EREV Schriftenreihe 3/2004
- Wieland, Norbert: „Das Bildungsverständnis der Sozialpädagogik“. Vortrag anlässlich der Fachausschusssitzung „Lebensweltorientierung“ des Eckart-Fachverbandes im Diakonischen Werk von Westfalen am 27.3.2006. Unveröffentlichtes Manuskript

SCHWERPUNKT

Empfehlungen zur Kooperation von Trägern der Hilfe zur Erziehung mit Schulträgern, Schulaufsicht und Schulen in NRW

hrsg. u.a. von den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen

Die Zusammenarbeit zwischen Trägern der Hilfen zur Erziehung und Schulen findet seit vielen Jahren immer wieder statt; allerdings ist diese oft auf konkrete Einzelfälle (auffällige Schüler/-innen) beschränkt. Das notwendige Wissen voneinander, die Vereinbarung gemeinsamer Förderverfahren bis hin zu verlässlichen Kooperationsstrukturen sind vielerorts jedoch noch nicht gegeben. Als Unterstützung für die dafür notwendigen Abstimmungs- und Klärungsprozesse der Akteure in den Kommunen haben die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe, zusammen mit Vertreter/-innen der Schulaufsicht, von Jugendämtern und freien Trägern, „Empfehlungen zur Kooperation von Trägern der Hilfe zur Erziehung mit Schulträgern, Schulaufsicht und Schulen" erarbeitet. Zurzeit findet eine Abstimmung der Empfehlungen mit dem Jugendministerium NRW und dem Schulministerium NRW statt. Die Veröffentlichung ist für den Herbst geplant. (alma)

Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen, Arbeitsweisen und Methoden, verschiedener Strukturen, Zuständigkeiten und Finanzierungen ist es das gemeinsame Ziel von Landesjugendämtern, Bezirksregierungen, den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, die Erziehung und Bildung junger Menschen gemeinsam zu fördern.

Spätestens mit dem Eintritt in die Grundschule sind Jugendhilfe und Schule für dieselben Kinder und Jugendlichen zuständig.

Außerschulische Lebensbedingungen beeinflussen das Verhalten von Schüler/-innen in der Schule und ihren Lernerfolg entscheidend. Erfolg und Misserfolg in der Schule und die Integration in die Lerngruppe wirken sich andererseits aber auch auf die außerschulische Lebenssituation, die Beziehung zu Eltern und anderen Bezugspersonen aus und beeinflussen den sozialen Status schon im Kindesalter.

Vor diesem Hintergrund müssen Schule und Jugendhilfe ihre Zusammenarbeit verstärken und ihre Kompetenzen an Schnittstellen ihrer Zuständigkeit zusammenführen und voneinander lernen.

Gerade Kinder und Jugendliche in schwierigen Lern- und Lebenssituationen bedürfen der Beratung, Unterstützung, Förderung und ggf. des Schutzes. Unter Wahrung der Personensorgerechte der Erziehungsberechtigten kommt Schule und Jugendhilfe als kooperierenden Systemen ebenso wie deren Akteuren hierbei eine aktive Rolle zu.

Die in Arbeit befindlichen Empfehlungen sollen gemeinsame Handlungs- und Gestaltungsräume definieren und Zielvereinbarungen für die Zusammenarbeit der „Hilfen zur Erziehung" in der Jugendhilfe und den Schulen formulieren. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Frage „Sollen die Systeme Jugendhilfe und Schule miteinander kooperieren?" mit einem klaren JA zu beantworten ist. Demzufolge wenden sich die Empfehlungen dem WIE auf der Fachebene zu und konkretisieren Mittel und Möglichkeiten beider Systeme, beschreiben ein Zueinander von Förderplan und Hilfeplan ebenso wie von Schulprogrammentwicklung und Jugendhilfeplanung. Die Empfehlungen bauen auf bestehenden Förderstrukturen in Schule und Jugendhilfe auf und sind im Sinne eines Netzwerkes als Gegenstand eines fortzuführenden kooperativen Prozesses zu verstehen.

Die Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe steht in einem engen Wirkungszusammenhang mit den Aufgaben anderer Stellen, daher hat der Gesetzgeber die Jugendhilfe verpflichtet, im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse mit anderen Steelln zusammenzuarbeiten. An erster Stelle nennt er bei seiner nicht abgeschlossenen Aufzählung in § 81 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz, kurz: KJHG) die Zusammenarbeit mit Schulen und Stellen der Schulverwaltung.

Seine Entsprechung findet diese Regelung in § 5 Abs. 2 Schulgesetz NRW. Danach sollen die Schulen in gemeinsamer Verantwortung mit Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe zusammenarbeiten, die Verantwortung für die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen haben.

Auf dieser Gundlage soll mit den Empfehlungen Transparenz im Verfahren hergestellt und die geeignete Vorgehensweise für den Einzelfall praxisnah unterstützt werden.

Die Empfehlungen sollen im Herbst erscheinen. Sie werden dann im Internet abrufbar sein unter:

www.jugend.lvr.de (Fachthemen/Erziehungshilfe/ Arbeitshilfen).

Kontakt für Rückfragen im Landesjugendamt Rheinland:
klaus.noertershaeuser@lvr.de

Kontakt für Rückfragen bei der Bezirksregierung Düsseldorf:
werner.kueching@brd.nrw.de)

SCHLAG LICHT

Gewalt

Stell dir vor, Gewalt kann vermieden und verhindert werden – und es gibt eine einfache Methode, es zu lernen

Gedanken zu dem Buch „Gewaltfrei miteinander umgehen. Konfliktmanagement und Mediation in Schule und Unterricht – Ein Beitrag zur Gewaltprävention“

von Dr. Brigitta Hogger

Gewalt an Schulen, ein Thema, das uns alle angeht und immer mehr zum Problem und zur Herausforderung wird für unsere gesamte Gesellschaft und die Pädagogik. Die Schule braucht hier klare Konzepte, zum einen für den pädagogischen Umgang mit konkreter Gewalt, zum anderen und vor allem für den Bereich der Prävention. Dabei darf sich die Prävention nicht in Einzelaktionen erschöpfen, sondern muss als Erziehungsprinzip die gesamte pädagogische Arbeit durchziehen.

Ich selbst habe ein umfassendes psycholinguistisches Konzept zur Gewaltprävention verfasst (B. Hogger: Wege der Verständigung. Möglichkeiten effektiver Interaktion in Schule und Unterricht. Ein Beitrag zu Gewaltprävention. München und Murnau 2004. Unveröffentlichtes Manuskript).

Ausgehend von dem Grundgedanken, dass in Psychotherapie und Beratung Verhaltensänderung durch bewusst gestaltete Sprache und zielgerichtete Konversation bewirkt wird, geht es in meinem Präventionskonzept um die Arbeit an und mit Sprache und Kommunikation. Neben einer Reihe entsprechender Maßnahmen – insbesondere solcher lösungs- und ressourcenorientierter Art – spielt das einfühlsame Miteinander-Umgehen im Sinne von Rogers, Gordon, Tausch, Parry und Rosenberg eine entscheidende Rolle. Dabei bildet das klar strukturierte Modell der „Gewaltfreien Kommunikation“ („GFK“) nach Marshall B. Rosenberg die Grundlage für mein pädagogisches Programm zum Erlernen von Konfliktmanagement und Mediation, wozu ich auch ein Projekt an einer Schule durchgeführt habe, das in o. a. Buch veröffentlicht ist.

Motiviert wurde ich zu diesem Programm durch meine Erfahrungen hinsichtlich der gängigen Ausbildungspraxis von Streitschlichter/-innen in der Schule. Für mich war es inakzeptabel, dass nur einzelne Schüler/-innen in den Genuss einer solchen Ausbildung kommen. Meines Erachtens sollten alle das Streitschlichten lernen. Aber nicht nur das! Alle sollten zuerst einmal lernen, mit Konflikten umzugehen und empathisch zu kommunizieren. Dazu habe ich das Kommunikationsmodell der GFK von Marshall B. Rosenberg in einem kleinen Lehrgang, von mir als Zaubersprachprogramm bezeichnet, pädagogisch-didaktisch aufbereitet.

Konfliktmanagement mit Hilfe der GFK

Ausgehend davon, dass wir allein über Sprache und Kommunikation Gewalt ausüben und in Anderen Gewalt erzeugen können, was mir auch meine Studien zu aggressivem Sprecherverhalten bei Lehrer/-innen und Schüler/-innen aus dem Jahr 1977 (in: B. Hogger: Aggressives Sprechverhalten bei Lehrern und Schülern. In: Forschungsberichte des Instituts für Phonetik und Sprachliche Kommunikation der Universität München. FIPKM 9. 1978. 71-99) gezeigt haben, soll das Konzept der GFK bei einer Umgestaltung des sprachlichen Ausdrucks und Kommunikationsverhaltens helfen. Durch einfühlsames Verhalten sich selbst und Anderen gegenüber, indem wir auf die Gefühle und Bedürfnisse in uns und in Anderen achten,

indem wir außerdem bemüht sind, wertfrei wahrzunehmen und festzustellen und dies alles entsprechend zum Ausdruck bringen, lässt sich nach Rosenbergs und auch nach meiner Ansicht Gewalt vermeiden und verhindern.

Im Konfliktfall geht es konkret darum, denjenigen, der etwas getan oder gesagt hat, was ich nicht mag und was mich stört, nicht im Gegenzug zu beschuldigen, beleidigen, kritisieren u.ä. Vielmehr geht es darum, eine Verbindung herzustellen auf der Ebene der Gefühle und Bedürfnisse, indem ich dem Anderen sage, wie es mir dabei geht, wenn er etwas gegen mich Gerichtetes tut oder sagt – und indem ich ihm dazu möglichst noch mit Empathie begegne. Entscheidend ist hier, Bedürfnisse in mir als Wurzeln meiner Gefühle zu nennen. Dabei bemühe ich mich im ersten Schritt wahrzunehmen, ohne zu urteilen und zu bewerten. Schließlich zeige ich noch durch meine Bitte, dass ich trotzdem etwas von ihm annehme. Ein solches Vorgehen bedeutet ein völliges Umdenken in Konflikten.

Wenn ich sehe, höre, spüre, dass ..., dann bin ich wütend, traurig, ..., weil ich brauche, dass ... Bitte, ... !

Mein Zaubersprachprogramm

Die zu dieser Formel verdichtete Essenz der GFK bezeichne ich als Zaubersprachformel, ein für Kinder und Jugendliche wie auch Erwachsene verständliches Symbol, das gleichsam eine magische Wirkung ausübt. Es steht im Zentrum meines Zaubersprachprogramms. Wie mit einem Zauberspruch lassen sich mit Hilfe dieser Zaubersprachformel positive Veränderungen herbeizaubern. Das wird den Kindern durch Gegenüberstellen von normalerweise gezeigtem Verhalten und solchem durch die Zaubersprachformel positiv verändertem Verhalten in Bezug auf typische Konfliktsituationen aus dem Schulalltag immer wieder vor Augen geführt.

Rollenspiele, szenisches Spiel und sonstige Spiele dazu fördern ein intensives Erleben und zusammen mit einer ebenso intensiven Arbeit an und mit Sprache insgesamt einen tiefgreifenden emotionalen und auch sozialen Lernprozess. Wichtig ist für die Zauberspracharbeit, dass sie sich nicht nur auf den gezielten Lehrgang als solchen beschränkt, sondern sich auf möglichst viele Fächer erstreckt. Wichtig ist vor allem, dass die Zaubersprache immer mehr die schulische Kommunikation trägt und auch mit hinausgenommen wird in das Leben außerhalb der Schule.

Mediation

Nach Abschluss des Zaubersprachprogramms ist bei den Schüler/-innen der Boden bereitet für das Erlernen des Streitschlichtens.

Die Idee der Mediation ist nicht neu. In der einen oder anderen Form geht es dabei im Prinzip immer darum, dass im Konfliktfall eine Verständigung bezüglich der unterschiedlichen Standpunkte erreicht werden muss, indem eine bestimmte Kommunikationstechnik angewandt wird, die man schon im Mittelalter kannte. Bei dieser Technik kommt es darauf an, dass jede der an der Situation beteiligten Parteien jeweils den Standpunkt der anderen Partei zu deren Zufriedenstellung wiedergeben kann.

Der Philosoph und Psychotherapeut Paul Watzlawick zum Beispiel wandte sie im Rahmen seiner systemischen Kurzzeittherapie an. Er berief sich dabei auf den austro-canadischen Logiker Anatol Rapaport, der diese Technik in seinem 1960 erschienenen Buch „Fights, Games and Debates“ beschrieben hat (A. Rapaport: Fights, Games and Debates. Ann Arbor. 1960). Auch im Mediationskonzept des amerikanischen Kernphysikers, klinischen Psychologen und Krisenmanagers Danaan Parry, der dieses in seinem Buch „Krieger des Herzens“ (D. Parry: Krieger des Herzens. Eine Schulung zur friedlichen Konfliktlösung. Freiburg, Verlag Alf Lüchow. 1989, dt. 2001) vorstellt , ist sie enthalten.

Marshall B. Rosenbergs GFK nun lässt sich als klar strukturiertes Kommunikationsmodell in Verbindung mit eben dieser Technik hervorragend zur Mediation nutzen. Methodisch-didaktisch verläuft das Erlernen des Streitschlichtens ähnlich wie das Erlernen des Konfliktmanagements im Zaubersprachprogramm. Die Kinder lernen durch Texte, Rollenspiele und kleine Aufgaben.

Da Gewaltprävention wohl unser aller Anliegen ist und wir pädagogisch an einem Strang ziehen sollten, wäre es zu begrüßen, wenn das gewaltfreie Miteinander im o.a. Sinn auch in außerschulischen pädagogischen Einrichtungen Eingang fände. Um es Kindern und Jugendlichen in diesen Einrichtungen, die das gewaltfreie Miteinander nicht bereits in der Schule gelernt haben, zu vermitteln, könnte mein Zaubersprachprogramm in etwas modifizierter Form genauso dort verwendet werden.

Und für alle diejenigen, die sich mit der Methode des gewaltfreien Miteinander-Umgehens vertraut machen wollen und dazu einen schnellen und einfachen Einstieg suchen, wäre mein Buch sicher eine Hilfe.

Dr. phil. M.A. Birgitta Hogger, Murnau am Staffelsee und München im August 2007

B. Hogger: Gewaltfrei miteinander umgehen. Konfliktmanagement und Mediation in Schule und Unterricht. Ein Beitrag zur Gewaltprävention. Reihe: Basiswissen Grundschule, Band 23. XII, 148 Seiten. Schneider Verlag Hohengehren GmbH, Baltmannsweiler. ISBN: 978-3-8340-0195-5. Preis: 16,– EUR.

Kontakt über: Bettina Emmerich, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Buchverlage, Autoren u.a., Telefon 0221/424403 E-Mail: emmerich@be-promotion.de

Lernen angesichts der Klimakatastrophe

SCHLAG LICHT
Klimakatastrophe

von Prof. Dr. Astrid Kaiser

Die Klimakatastrophe ist nicht mehr nur ein Thema von spezialisierten Wissenschaftler/-innen, sondern hat Eingang in unsere Alltagserfahrungen gefunden. Aber viele denken, dies sei eine Frage der Politik und habe nichts mit Pädagogik zu tun. Doch gerade weil die Klimakatastrophe wie die meisten Katastrophen von Menschen verursacht wird, ist es von zentraler Bedeutung, dass Bildung sich mit dieser Frage auseinander setzt, um Menschen in die Lage zu versetzen mit Katastrophen umzugehen und sie zu vermeiden. Wir brauchen Menschen auf der Welt, die sie schützen können und erhalten wollen und die wissen, wie Katastrophen vermieden werden. Dazu ist eine neue Bildung der Menschen nötig. Es sind Persönlichkeiten gefragt, die zum miteinander Leben und Überleben fähig sind. Dies ist die eigentliche Allgemeinbildung: nämlich auf die Wirklichkeit in ihrem Wandel vorbereitet zu sein. Denn Allgemeinbildung ist nicht „bei Günter Jauch Fragen beantworten zu können“, wie der Unternehmensberater Goeudevert in einem Vortrag zugespitzt formuliert hat. Vielmehr ist nach Klafki Allgemeinbildung die umfassende Orientierung des Menschen in seiner Welt an der Entfaltung seiner Fähigkeiten.

Allerdings verändert sich diese Welt zunehmend. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht von irgendwo in der Welt Katastrophennachrichten bekommen. Da brennen in Südeuropa die Wälder nach immenser Hitze; in England versinkt eine Grafschaft unter Wasser. Vom Monsunregen in Bangladesh und Indien wird berichtet, dass dies der stärkste ist, den es jemals gab. Über 1000 Todesopfer werden beklagt. 20 Millionen Menschen mussten ihr Zuhause verlieren.

Aber auch in Deutschland nehmen katastrophale Wetterlagen zu. Jedes Kind erfährt dies durch die Medien oder gar die eigene Anschauung. Wir wissen nicht, welche Katastrophen es sein werden, die uns einmal persönlich betreffen werden. Aus der zunehmenden Häufigkeit derartiger Meldungen über Naturdramen oder Unglücke mit immensen Ausmaßen schließen viele aber, dass es ernster wird auf diesem Planeten.

Die Zukunft: eine Zeit auch von Katastrophen

Es gilt also, die heranwachsenden Kinder in dieser sich rapide verändernden Welt so zu orientieren, dass sie damit klar kommen. Denn nur menschliches Handeln kann helfen Katastrophen entgegenzuwirken. Dazu gehört die Bildung von Ich-Stärke, historischem Denken, Hoffnungsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und praktischen Kompetenzen. Diese Fähigkeiten gilt es, schon in frühen Jahren bei der Erziehung von Kindern zu entwickeln. Verantwortungsbewusstsein und Sozialkompetenz können schon in Kindertagesstätten gefördert werden. Auch in der Schule ist die Allgemeinbildung an der sich ändernden Realität auszurichten, also nicht das Auswendiglernen von Fakten in den Vordergrund zu stellen, sondern die Menschenbildung für diese sich ändernde Welt.

Angesichts der vielen bereits auftretenden Katastrophen ist klar: Die Zukunft der heranwachsenden Kinder und Jugendlichen findet in einer Zeit der Katastrophen statt. Doch dies ist zunächst erst einmal nur Ausdruck der dynamischer natürlicher Entwicklung: Denn auch die Entstehung des Universums kann als Katastrophe bezeichnet werden. Im Urknall sind unterschiedliche Kräfte in eine gewaltige Reaktion geraten und haben letztlich aus dieser Katastrophe organisches Leben und menschliche Entwicklung entstehen lassen. Ohne die anfängliche Katastrophe hätte die von Menschen aufgebaute Welt mit ihren Städten und Produktionsstätten, ihren sozialen Netzen, ihrer Kultur und Wissenschaft nicht entstehen können. Katastrophen können also auch menschliche Kräfte mobilisieren. – Schon Hölderlin hat dies einmal nachdrücklich ausgedrückt: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Aber die Chancen von Krisen reichen nicht aus. Wir müssen lernen, wie wir mit diesen Krisen umgehen können, um nicht unterzugehen. Und noch wichtiger: Wir müssten in der Lage sein, sie zu vermeiden – und das verlangt viel Kompetenz. Diese Kompetenz muss früh entwickelt werden, denn wir wissen aus der politischen Sozialisationsforschung, dass Einstellungen und Haltungen schon in frühen Jahren entstehen.

Gefragt ist eine umfassende Persönlichkeitsbildung

Wann die stärker mit der Natur verwobenen oder von Menschen gemachten Katastrophen allerdings auf uns zukommen, wie häufig und in welcher Gestalt: Das sind Fragen, die wir nicht einmal mit den feinsten Vorhersagemethoden werden klären können. Denn wir müssen ein Wechselspiel verschiedener Kräfte beachten, bis sich eine Katastrophe plötzlich zusammenballt. Aber ehe sie in ihrer Gewalt auf uns zurollt, sollten wir in unserer Psyche, mit unserem Handlungsvermögen und unserem Wollen auf diese Situation eingestellt sein. Und hier ist eine umfassende Persönlichkeitsbildung gefragt und nicht nur eine naturwissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche, um Katastrophen zu durchschauen.

Bei massiven Katastrophen gibt es verschiedene mögliche Auswirkungen auf Menschen. Auf Kinder wirken sie zuerst und besonders intensiv, denn Kinder nehmen Bilder von Katastrophen zuerst in sich auf und können oft nicht mit ihnen umgehen. Sie brauchen die Hilfe der Erwachsenen, um die Schreck-

nisse zu verarbeiten, die sie über Medien vermittelt wahrnehmen.

Für alle Menschen gibt es, wenn sie nicht im Umgang mit Katastrophen begleitet werden, verschiedene subjektive Reaktionsprozesse:

– Gewöhnung ans Ungewöhnliche, Katastrophengewöhnung,
– Apathie,
– mediale Abstumpfung,
– Steigerung der Sensationslust,
– passive Projektion (das „St.-Florians-Prinzip").

Alle diese Reaktionen bedeuten, dass aktives Gestalten und damit menschliches Handeln verloren geht. Die heranwachsenden Menschen geraten selbst in den Katastrophensog, indem sie ihre Emotionen nicht mehr zum eigenständigen aktiven Erkunden der Welt nutzen, sondern sich einfach treiben lassen.

Doch diese Reaktionen müssen nicht sein. Überall in der Welt sind Menschen zu beobachten, die sich aktiv für den Schutz ihrer Umwelt einsetzen und bereit sind, die Welt zu gestalten. Dies kann sich nur bereichernd auf die Persönlichkeit auswirken. (...)

Erziehung und Bildung müssen flexibler werden

In der heutigen Risikogesellschaft kann die Zukunft nicht erahnt oder gar vorgelebt werden. Erziehung und Bildung müssen notwendigerweise flexibler werden. Prozessunabhängige Fähigkeiten müssen gelehrt und gelernt werden. Zu diesen prozessunabhängigen Fähigkeiten gehört die persönliche Stabilität in sich zu ruhen, Stärke zu haben, unabhängig davon wie gesellschaftliche und räumliche Verhältnisse jeweils gestaltet sind. Zu den Notwendigkeiten des Lebens in einer Risikogesellschaft gehört es – neben dieser zentralen Ich-Identität und Ich-Stabilität, die notwendigerweise auch mit besonderer personaler Flexibilität verbunden sein muss sowie mit Rollenambiguität, Rollendistanz und Dynamik der persönlichen Entwicklung – auch ganz wesentlich mobil zu sein: räumlich und sozial. Gleichzeitig muss eine Persönlichkeit der Zukunft die Fähigkeit haben, die Stärke der räumlichen Umgebung in sich zu tragen und auszustrahlen, d.h. einerseits abstrahieren zu können von den lokalen und räumlichen Bedingungen des Aufwachsens, gleichzeitig diese in sich aufnehmen, sie ausstrahlen und transformieren können in andere situative Bedingungen. Wesentliche Funktion des räumlich sich neu Orientierens ist allerdings auch, dass dieses jeweils in neuen sozialen Kontexten stattfindet und dass diese neuen sozialen Kontexte neu geschaffen, konstituiert und zu einer subjektiv positiven Erfahrung innerhalb kürzester Zeit ausgebaut werden können. Kontaktfähigkeit, Offenheit, Kommunikationsfähigkeit, situatives Einschätzen von Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, Offenlegen der eigenen Interessen sind nur einige der dazu notwendigen Eigenschaften. Gerade um neue Beziehungen in kurzer Zeit schnell aufzubauen, bedarf es auch eines starken empathischen Verhaltens, großer emotionaler Dichte und der Möglichkeit, diese in relativ neuen Beziehungen zu aktualisieren. Gerade das männliche Geschlecht hat durch herkömmliche Sozialisationsmuster – sich von Emotionen fernhalten, sie nicht zeigen, nicht kultivieren – besondere Schwierigkeiten, diese Herausforderung des sich neu Orientierens und des neu Schaffens von Beziehungen in neuen und unbekannten Räumen zu bewältigen.

Hinweise für schulisches und außerschulisches Lernen

Um sich diesen Zielen im schulischen und außerschulischen Bereich anzunähern, gibt es viele praktische Wege. Für Bildung und Erziehung heißt das z.B.:

– Keine Dramatisierung von Katastrophen, sondern Entwicklung einer realistischen Sicht.
– Politische Interventionsmöglichkeiten suchen.
– Katastrophen nicht emotional verstärken, sondern nach Handlungsalternativen suchen.
– Jeder einzelne Mensch muss psychisch stärker werden.
– Der risikohafte Wandel verlangt persönliche Stabilität.
– Soziales Lernen.

Gerade für das soziale Lernen gibt es viele interaktionspädagogische Lernspiele, die helfen wichtige Kompetenzen aufzubauen wie:

– Kennen lernen der anderen Personen.
– Kontaktaufnahme mit anderen, auch körperlich.
– Erweiterung des Verhaltensspektrums.
– Erprobung untypischer sozialer Gruppenerfahrungen.
– Ausgewogener Umgang mit Nähe und Abgrenzung.
– Streitsituationen untereinander moderierend lösen.
– Vertrauen in Andere entwickeln.

Aber auch für das Lernen von Verantwortung und Hoffnung bieten projektartige kleine Vorhaben, die schon im Vorschulalter durchführbar sind, gute Lernanlässe, um fundiert die erforderlichen Kompetenzen aufzubauen.

Biografisches Lernen ist ein wichtiger Weg, um historische Kompetenz aufzubauen, den Wandel zu verstehen und positiv zu sehen. Das Buch „Menschenbildung in Katastrophenzeiten" bietet zu allen für die „Katastrophenkompetenz" erforderlichen Dimensionen viele Praxistipps für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Prof. Dr. Astrid Kaiser ist Direktorin des Instituts für Pädagogik an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg.

Astrid Kaiser: Menschenbildung in Katastrophenzeiten. Reihe: Grundlagen der Schulpädagogik VI. 190 Seiten. Schneider Verlag Hohengehren GmbH. ISBN 978-3-8340-0225-9. Preis: 18,- EUR

Kontakt zur Autorin über:
Bettina Emmerich,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Buchverlage, Autoren u.a.,
Telefon 0221/424403
E-Mail: emmerich@be-promotion.de

„Eine Schule für alle“

SCHLAG LICHT Schule

Gemeinsam lernen von der 1. bis zur 10. Klasse

Aufruf des neuen NRW-Bündnisses „Eine Schule für alle“

Unser bestehendes Bildungssystem beeinträchtigt für einen erheblichen Teil der Kinder und Jugendlichen Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Dies ist ein Skandal, der unter anderem aus der Aufteilung von neun- bis zehnjährigen Kindern auf unterschiedliche Schulformen herrührt. Dieses frühe Auslesesystem gibt es OECD-weit nur noch in Deutschland, Österreich und zwei Kantonen der Schweiz.

Studien der internationalen Bildungsforschung belegen, dass durch längeres gemeinsames Lernen

– alle Schüler/-innen einen höheren Lernerfolg erzielen und größere Sozialkompetenz entwickeln können;
– die derzeitige enge Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft abgebaut werden kann.

Die überfälligen Korrekturen an unserem Bildungssystem werden von der Landesregierung NRW jedoch nicht vollzogen (...)

Vertreter/-innen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen haben deshalb ein Aktionsbündnis gegründet mit dem Ziel, das bisherige gegliederte Schulsystem durch eine Schule für alle zu ersetzen. In dieser einen *Schule für alle* lernen Kinder und Jugendliche bis zum ersten schulischen Abschluss in der Sekundarstufe I gemeinsam; die Kinder mit speziellem Förderbedarf gehören von Anfang an dazu und erhalten dort die notwendige Förderung. Jedes einzelne Mädchen und jeder einzelne Junge wird in seiner Gesamtentwicklung unterstützt. Um dieses Ziel zu erreichen, organisiert das Bündnis regelmäßig Arbeitstreffen, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und beteiligt sich an Tagungen wie auch an anderen Veranstaltungen. Das Bündnis behält sich weitergehende Aktivitäten (Demonstrationen, Volksinitiative, Volksbegehren usw.) vor.

2007, von der Europäischen Kommission zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ erklärt, ist für uns der geeignete Zeitpunkt, mit Aktionen für eine Schule für alle zu beginnen. (...)

Das Thema „Eine Schule für alle“ erfordert eine breit angelegte Diskussion über Parteigrenzen hinweg. Damit gehört der Weg zum Ziel, die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung in NRW zu gewinnen und dies möglicherweise in einem Volksbegehren zu dokumentieren. Wir laden alle Interessierten ein, sich unserem Bündnis anzuschließen.

Düsseldorf, 4.5./17.08.2007

Kongress „Eine Schule für alle“ in Köln vom 16-19.11.2007

Der Kongress „Eine Schule für alle“ zeigt Wege auf zu einem inklusiven Schulsystem, in dem alle Kinder willkommen sind und die individuelle Förderung zur guten pädagogischen Praxis wird. Der Kongress bringt Wissenschaft und Praxis, Politiker/-innen, Schüler/-innen und Eltern zusammen. Er informiert über moderne Didaktik in heterogenen Klassen; er vermittelt praktische Erfahrungen mit der schulischen Inklusion; er informiert die Öffentlichkeit über Chancen der Integrationsschule.

Weitere Infos zum Kongress unter: www.eine-schule-fuer-alle.info/

Weitere Informationen zu „Eine Schule für alle“ unter:

ABA-Fachverband: www.aba-fachverband.org

Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben Gemeinsam Lernen: www.gemeinsamleben-gemeinsamlernen.de/

LandesschülerInnenvertretung NRW: www.lsvnrw.de

Auf skandinavischer Spur

Schleswig-Holstein hat’s schon (beschlossen), Hamburg und Berlin sind auf dem Weg. Gemeint ist der Verzicht auf die traditionell frühe Selektion von Schüler/-innen im deutschen Schulsystem. Die skandinavischen PISA-Gewinner haben es vor Jahrzehnten vorgemacht. Dort, wie in den weltweit meisten Ländern auch, bleiben Kinder sechs, acht oder zehn Jahre gemeinsam in der Schule. Erst danach trennen sich die Wege. Im viel gelobten Finnland z.B. lernen alle Kinder bis zur neunten Klasse gemeinsam. In Zusammenarbeit von Lehrer/-innen und Sozialarbeiter/-innen werden sie intensiv einzeln gefördert. Trotz anspruchsvoller Lehrpläne erreicht die große Mehrheit den Abschluss und beim Anteil der Studierenden gehört Finnland zur Weltspitze. Genug Gründe, auch in unseren Breiten nachdenklich zu werden.

Das scheint sich jedenfalls die Initiative „Eine Schule für alle“ gedacht zu haben. Mit ihrem Eintreten für eine gemeinsame Schulform bis zur 10. Klasse belebt sie aktuell die Diskussion um die Fortentwicklung des Schulsystems. Aus der Perspektive der Jugendhilfe über den gemeinsamen Bildungsauftrag und die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule hinaus in so weit interessant, als die Diskussion um Selektion versus Integration auch ihr nicht fremd ist. – Zur Information dokumentieren wir deshalb auf dieser Seite den Aufruf des NRW-Bündnisses. *(hps)*

Das Projekt

ponte – Kindergärten und Grundschulen auf neuen Wegen

von Sandra Piper, unter Mitarbeit von Dr. Frauke Hildebrandt, Bianka Kreid und Jens Hoffsommer

Warum Grundschulen und Kitas in *ponte* kooperieren

In den vergangenen Jahren ist der Bereich der frühen Bildung in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt. Durchgesetzt hat sich die Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Bildungsbiografie in erster Linie Ergebnis vielfältiger und anregender Bildungsmöglichkeiten in der frühen Kindheit ist. Sie sind die Voraussetzung für erfolgreiches Lernen in der Schule. Denn Bildungsprozesse bauen aufeinander auf. Dem widerspricht aber immer noch die Struktur des deutschen Bildungssystems. Bedingt durch eine ganz unterschiedliche Entwicklungsgeschichte von Kindergarten und Grundschule gibt es nur wenige Gemeinsamkeiten zwischen beiden Institutionen, wodurch sich eine systematische Kooperation nie etablieren konnte. Kindergarten und Grundschule verfügen über ein verschiedenes Bildungsverständnis, über eine jeweils andere Sicht auf das Kind und über ganz verschiedene Arbeitsmethoden. Vor dem Hintergrund neuer pädagogischer Erkenntnisse lässt sich die Unterschiedlichkeit ihres pädagogischen Verständnisses und Handelns nicht mehr legitimieren: Die wesentlichen Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie werden im frühen Alter, also zwischen null und 10 Jahren gelegt. Das Lernen in der Grundschule kann nur an Lernprozesse anschließen, die im Kindergarten stattgefunden haben. Kindergärten und Grundschulen sind darum bedeutsame Bildungseinrichtungen, die zum Wohle der Kinder aufeinander angewiesen sind.

Hier setzt das Programm „*ponte*. Kindergärten und Grundschulen auf neuen Wegen“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Internationalen Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an, das von der Deutsche Bank Stiftung gefördert wird. Es versteht sich als Forschungs- und Entwicklungsprogramm, das Kindergärten und Grundschulen dabei unterstützt, sich zu hervorragenden Bildungseinrichtungen für Kinder weiterzuentwickeln.

Wie Grundschulen und Kitas in *ponte* kooperieren

Ziel von *ponte* ist es, einen systematischen Dialog zwischen Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-innen zu initiieren, um die Grenzen zwischen diesen Kulturen abzubauen. Um diesen Prozess zu unterstützen, wurden in *ponte* verschiedene Strukturelemente entwickelt und erprobt.

Tandems

Jeweils eine Grundschule bildet mit einer oder zwei Kitas ein Tandem, in dem Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-innen mit dem Ziel kooperieren, ihre Kompetenzen im Hinblick auf die Bildungsprozesse der Kinder zu bündeln und dadurch zu stärken.

In regelmäßigen Abständen treffen sich die Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-innen zu Gesprächen und setzen sich mit ihrer jeweiligen pädagogischen Arbeit und dem zugrunde liegenden Bildungsverständnis auseinander. Dabei ergeben sich oftmals ganz neue Perspektiven, die z.B. eine andere Sicht auf die Lernprozesse der Kinder nach sich ziehen: dass Kinder nämlich am besten lernen, wenn sie an eigene Erfahrungen anschließen können und wenn sie Themenbereiche bearbeiten können und

dürfen, die für sie bedeutsam sind. Dazu brauchen sie anregende Lernumgebungen und Pädagogen/-innen, die Interessen und Fragen der Kinder wahrnehmen und den Bildungsgehalt von Alltagsituationen identifizieren können.

Dadurch kommt ein Reflexionsprozess der eigenen pädagogischen Arbeit in Gang, der professionalisierend wirkt, weil die Akteure sich nicht mehr nur von ihren guten Absichten her begreifen, sondern Positionierungen artikulieren und dem kollegialen Diskurs aussetzen. So können Überzeugungen zum Bildungsverständnis, Auffassungen der eigenen Rolle und Kindbilder variabel werden. Dabei wird immer wieder deutlich: Vertrauensvoller, kritischer Dialog und gemeinsam durchdachtes pädagogisches Handeln gehören zusammen.

Moderation

Der Dialog zwischen den pädagogischen Fachkräften wird von einer Moderatorin/einem Moderator begleitet. Sie/Er stellt einen regelmäßigen Austausch sicher, unterstützt bei der Erstellung von Zielvereinbarungen und steht bei der Planung und Durchführung konkreter Projekte zur Seite. Das Aufeinandertreffen so unterschiedlicher Kulturen ist nicht immer frei von Spannungen; eine weitere wichtige Aufgabe der Moderatorin/des Moderators ist deshalb die Beratung in Konfliktfällen.

Wissenschaftliche Begleitung

Die Moderatoren/-innen werden regelmäßig von der wissenschaftlichen Begleitung des Programms geschult. Dabei geht es vor allem um eine Weiterentwicklung ihrer Moderations- und Beratungskompetenz und um die Auseinandersetzung mit Themen der Elementar- und Primarpädagogik. Die Moderatoren/-innen greifen Themen der Praxis auf und problematisieren diese im Rahmen der wissenschaftlichen Fortbildung, um dann gemeinsam mit Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-innen für die Praxis machbare Lösungen zu finden und Modelle zu entwickeln.

Fortbildungen

Dreimal im Jahr finden Workshops statt, deren Themen sich aus den Fragen und Bedarfen der Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-innen generieren. Darüber hinaus werden von der wissenschaftlichen Leitung des Programms regionale Fortbildungen angeboten, an denen einzelne Tandems teilnehmen können. Zu den Themenbereichen, die in den vergangenen Jahren behandelt wurden, gehören z.B.: Altersmischung, Beobachten und Dokumentieren, Zusammenarbeit mit Eltern, Schriftspracherwerb, naturwissenschaftliches Lernen. Wichtiger Bestandteil der Workshops ist die Möglichkeit zum einrichtungs- und länderübergreifenden Austausch.

Kooperation mit Administrationen

Einbezogen in die Tandem-Arbeit sind auch die zuständigen Administrationen: Sowohl Schulämter als auch regionale Jugendämter sind im Programm beteiligt. Erst diese Verknüpfung ermöglicht die langfristige Wirkung von *ponte*.

ponte regional – Blitzlichter aus den Ländern

ponte wurde 2004 gemeinsam von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Internationalen Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an der Freien Universität Berlin ins Leben gerufen. Gefördert wird das Programm von der Deutsche Bank Stiftung und seit Ende 2006 auch von der Nikolaus Koch Stiftung in Trier. Vier Bundesländer – Berlin, Brandenburg, Sachsen und die Region Trier – nehmen mit insgesamt 62 Einrichtungen am Programm teil. Die Länder Brandenburg, Berlin und Sachsen sowie die Stiftung Lausitzer Braunkohle unterstützen *ponte* mit Finanzmitteln bzw. mit Abminderungsstunden.

Die Grundstruktur des Programms – wie z.B. moderierte Dialoge zwischen den Pädagogen/-innen oder die Begleitung durch wissenschaftliche Partner – ist in jedem teilnehmenden Bundesland gleich. Jedoch kann *ponte* regional

Handbuch „Schritt für Schritt gemeinsam“

Kooperationsprojekte für Kindertagesstätten und Grundschulen zur Buch-, Erzähl- und Schriftkultur

Das Kooperationshandbuch handelt von der Förderung der Buch-, Erzähl- und Schriftkultur („Literacy“). Die Publikation bietet in sich abgeschlossene Projekte und kleinere Einheiten, die gemeinsam von der Kindertagesstätte und der Grundschule durchgeführt werden können und Kooperationen unterstützen. Alle Praxisbeispiele orientieren sich an Bildungs- und Lehrplänen. Die Projekte sind anschaulich beschrieben und werden durch Kopiervorlagen ergänzt.

Themen sind u.a.: Kreatives Schreiben, Gestalten mit Buchstaben, Gedichtbearbeitung, phonologische Bewusstheit, Bilderbucharbeit und Spiele mit Lauten und Buchstaben am Buchstabenfest (...)

Zielsetzung: Vorschulkinder erleben die Kulturtechniken des Lesens und Schreibens als etwas, das Freude macht und das sie unbedingt lernen möchten. Die Schulkinder verbessern ihre schriftliche Ausdrucksfähigkeit und steigern ihre sprachlichen Fähigkeiten. Im sozialen Bereich lernen sie, Verantwortung für jüngere Kinder zu übernehmen. Die Zusammenarbeit in altersheterogenen Gruppen wird angebahnt und gefördert.

Schritt für Schritt gemeinsam, hrsg. von Petra Hiebl und Carola Steffek mit einem Beitrag von Angelika Speck-Hamdan, Spiralbindung, 104 Seiten, Finken Verlag GmbH, 18,80 EUR

spezifisch, je nach den Bedarfen der Teilnehmer/-innen, ausgestaltet werden, wie die folgenden Punkte zeigen.

Brandenburg

In Brandenburg ist das Programm, mit Unterstützung des Landes 2004 als Pilot gestartet. Jedes Jahr sind neue Einrichtungen dazu gestoßen, so dass inzwischen 12 Grundschulen und 17 Kitas an *ponte* teilnehmen. Als östliches Bundesland gab es dort eine spezifische Ausgangssituation: Zu DDR-Zeiten war der Kitabereich dem Bildungssystem zugeordnet; die Übergangsproblematik stellte sich vor diesem Hintergrund anders dar. Nach dem gesellschaftlichen Umbruch sahen sich die Pädagogen/-innen mit einer ganz neuen Situation konfrontiert. „Nach der Wende wurde der alte Erziehungsplan weggeworfen, inhaltliche Fragen sind aufgetreten und es begann die Suche nach neuen Wegen", so beschreibt es eine Erzieherin aus Brandenburg. Auch in der Grundschule begann mit der Einführung neuer Modelle, wie z.B. der flexiblen Eingangsstufe, eine Neuorientierung. Als es in dieser Situation die Möglichkeit gab in *ponte* mitzuarbeiten, ergriffen viele Grundschullehrer/-innen und Erzieher/-innen die Chance, um mit Hilfe des Programms, ihre Einrichtungen und ihre pädagogische Arbeit weiterzuentwickeln.

Der erste Schritt war das Kennenlernen, denn nach der Wende gab es nur noch unregelmäßigen Kontakt zwischen den Institutionen, die sich in der Zwischenzeit sehr verändert hatten. Die Lehrer/-innen und Erzieher/-innen besuchten gegenseitig ihre Einrichtungen und begannen, unterstützt von einer Moderatorin, anhand verschiedener Themen einen systematischen Austausch über ihr Bildungsverständnis. So wurde über den Begriff der Schulfähigkeit diskutiert sowie über eine sinnvolle Zusammenarbeit mit den Eltern oder über gute Modelle der Sprachförderung. Die Lehrer/-innen stellten den Erzieher/-innen die Rahmenpläne vor; umgekehrt konnten sich die Lehrer/-innen über die Grundsätze elementarer Bildung informieren. Auf diese Weise sind, neben der Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Projekte, vor allem die Berührungsängste zwischen den Professionen abgebaut worden und ist die gegenseitige Achtung und Wertschätzung der Pädagogen/-innen untereinander gestiegen.

Von Beginn an wurden im Land das Schulamt und das Jugendamt in den Prozess miteinbezogen. Damit konnte ein starker Rückhalt auf behördlicher Seite gesichert und – ein wesentlicher Faktor für den Erfolg eines Programms – die Langfristigkeit des Programms gewährleistet werden. Im Hinblick auf das Auslaufen des Programms wird zusammen mit Vertretern aus Schulamt und Jugendamt überlegt, wie die Kooperation von Kindergarten und Grundschule in das System der Praxisberatung implementiert werden kann und welche Möglichkeiten bestehen, um regelmäßige Tandem-Fortbildungen zum Thema „Zusammenarbeit von Kita und Grundschule" zu etablieren.

Berlin

In den vier Berliner Tandems haben Pädagogen/-innen aus Kindergarten und Grundschule schnell festgestellt, dass in beiden Institutionen das Thema „Zusammenarbeit mit Eltern" virulent ist. Nach gemeinsamen Diskussionen, wie dieser Bereich in Kindergarten und Grundschule jeweils gestaltet wird, haben die Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-innen beschlossen, eine gemeinsame Elternversammlung mit dem Ziel durchzuführen, die Bildungsinhalte sowie die Gemeinsamkeiten der pädagogischen Arbeit beider Institutionen zu verdeutlichen. Dabei gab es nicht wenig Staunen, denn veränderte Unterrichtsformen in der Grundschule, wie sie z.B. die Arbeit in JÜL (jahrgangsübergreifendes Lernen) notwendig macht, waren für einige Eltern eine große Überraschung. Deutlich wurden die Parallelen zur Arbeit im Kindergarten, denn JÜL baut auf dem Konzept der Altersmischung im Kindergarten auf. Viele Eltern erkannten, wie wichtig für ihre Kinder ein gleitender Übergang vom Kindergarten in die Schule ist.

Für die Tandems in Berlin ist zudem die Sprachförderung von zentraler Bedeutung, gerade vor dem Hintergrund einer hohen Zahl an Migrantenkindern. Bei diesem Thema zeigt sich, dass die Bereiche, die von den Pädagogen/-innen bearbeitet werden, nicht isoliert betrachtet werden können, sondern nur im Zusammenhang. Eine sinnvolle Sprachförderung von Kindern kann nur gelingen, wenn auch die Eltern in diesen Prozess miteinbezogen werden.

In den Berliner Tandems sind viele Entwicklungen angestoßen worden. Ein Grund dafür liegt in der Kooperation, die es ermöglicht, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Die eigene Arbeit wird hinterfragt und neue Wege werden eingeschlagen. Kitas und Grundschulen wollen das Voneinander-Lernen im kommenden Schuljahr darum noch wesentlich erweitern, indem sie sich tandemübergreifend mit anderen Grundschulen und Kitas vernetzen, die im Programm mitarbeiten. Dazu sollen regelmäßig regionale Fortbildungen durchgeführt werden und ein systematischer Erfahrungsaustausch der Tandems initiiert werden.

Sachsen

ponte in Sachsen wird als Modellprojekt vom Sächsischen Landesamt für Familie und Soziales, vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und vom Sächsischem Staatsministerium für Kultus unterstützt. Momentan arbeiten hier vier Tandems, drei weitere sollen noch folgen.

Im Land Sachsen sind Grundschulen und Kindertageseinrichtungen verpflichtet, eine Kooperationsvereinbarung zur Gestaltung des Übergangs zwischen den Institutionen abzuschließen. *ponte* unterstützt bei der Gestaltung dieser Vereinbarungen.

Projektschwerpunkt von *ponte*-Sachsen ist „Partizipation": Wie können Kinder aktiv in der Gestaltung des Übergangs einbezogen werden? Welche Partizipationsmodelle bestehen bereits in Kitas und Grundschulen? Welche Modelle und Ansätze können aus der jeweils anderen Institution übernommen werden? Welche guten Wege des Voneinander-Lemens gibt es?

Dabei geht es nicht nur um konkrete partizipative Ansätze wie Kinderräte oder andere Modelle der Mitbestimmung – es

geht um Partizipation im Alltag. Beteiligung von Kindern setzt eine pädagogische Grundhaltung voraus. Kinder brauchen früh Erfahrungen von Anerkennung und Teilhabe, Streitkultur und Entscheidungsfähigkeit. Kinder sollen demokratisches Zusammenleben für sich und andere als produktiv erleben und selbst gestalten können. Neben dem Elternhaus sind hier die Kindergärten und Grundschulen entwicklungsbestimmende Umgebungen, in denen u.a. durch emotionale Zuwendung, gleichberechtigten Umgang und soziale Wertschätzung die Basis für die Fähigkeit gelegt wird, in autonomer Weise an demokratischen Prozessen zu partizipieren.

Kinder müssen sich selbst als Akteure der eigenen Entwicklung wahrnehmen können, wenn sie lernen sollen, auf demokratische Weise sie selbst betreffende Umstände zu beeinflussen. Dieses Grundverständnis korreliert mit einem zeitgemäßen Verständnis von Bildung und Lernen von Kindern.

So kommen z.B. in einem Tandem die Grundschulkinder ein Mal in der Woche in eine Kindertagesstätte und lesen dort den Kita-Kindern etwas vor. Lemen findet auf mehreren Ebenen statt: Die Grundschüler/-innen erfahren Selbstwirksamkeit, indem sie den Lesestoff auswählen. Die Kita-Kinder werden in ihrer Sprachentwicklung von den Größeren angeregt; durch den Kontakt untereinander erfahren die Kita-Kinder vieles über die Schule.

ponte Sachsen unterstützt diese kleinen Projekte und begleitet und reflektiert deren Umsetzung. Darüber hinaus kommen sich in diesen Projekten die Pädagogen/-innen beider Institutionen näher, sammeln gemeinsam Erfahrungen und erleben, wie in kleinen Schritten Hürden zwischen den Institutionen überwunden werden können.

Noch bis Ende 2008 wird *ponte* Sachsen Tandems begleiten. Die Erfahrungen aus dem Programm werden als Arbeitshilfe für die Praxis in Kooperation mit dem Landesjugendamt veröffentlicht.

Darüber hinaus gibt es die Perspektive, die Fachberatungen für Kindertageseinrichtungen und Grundschule sowie die Kita- und Grundschulleitungen weiter zu qualifizieren, um die Kooperation von Kindergarten und Grundschule langfristig in der Praxis zu verankern.

Region Trier

Die finanzielle Unterstützung der Nikolaus Koch Stiftung hat es ermöglicht, *ponte* auf die Region Trier auszuweiten. Dort arbeiten seit Anfang 2007 fünf Grundschulen und neun Kindertageseinrichtungen im Programm mit. Zwar gab es zwischen den Tandempartnern schon vorher eine Zusammenarbeit – allerdings eher sporadisch und bezogen auf die Ebene gemeinsamer Einschulungsveranstaltungen und gemeinsamer

Feste. Durch *ponte* hat sich die Qualität der Kooperation wesentlich verändert: Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit steht nun die gemeinsame Konzeptentwicklung zur Bildungsarbeit und Gestaltung anschlussfähiger Lerngelegenheiten. Weitere Themen, die die Trierer Pädagogen/-innen in ihrer Kooperation beschäftigen, sind die Zusammenarbeit mit den Eltern und die Sprachförderung. Im ersten Halbjahr der Programmteilnahme wurden dazu Erfahrungen ausgetauscht sowie Einstellungen und Erwartungen artikuliert und wurde eine Situationsanalyse durchgeführt. Dadurch konnte der Ist-Zustand der Einrichtungen identifiziert werden. Auf dieser Grundlage haben die Tandempartner mit Unterstützung der Moderatorin Zielvereinbarungen formuliert, die die Grundlage für die Zusammenarbeit bis 2008 bilden sollen.

Es hat sich gezeigt, dass vor allem die Hospitationen und das Nachdenken zu gemeinsamen Maßnahmen die differenten Perspektiven sichtbar gemacht haben und diese dann den Motor für inhaltliche Diskussionen bieten. Die erste Phase des Programms hat den Tandems aber auch einiges an Geduld abverlangt, da mit dem Einstieg ins Projekt mehr Aktion und weniger Reflektion erwartet wurden. Mittlerweile wird dieser intensive Austausch jedoch als wichtig und gewinnbringend anerkannt.

Wie *ponte* wirkt

Erste Ergebnisse der externen Evaluation, die von der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin von 2006 bis 2008 durchgeführt wird, haben ergeben, dass die erste Phase der Programmteilnahme geprägt war durch das Staunen über die Fremdheit der jeweiligen anderen institutionellen Kultur. Allein das Gestalten neuer Begegnungs- und Gesprächsmöglichkeiten eröffnete neue Erfahrungs- und Reflexionsräume. Die Teams der Erzieher/-innen entwickeln auf Grundlage der positiven und selbst aktivierenden Erfahrungen aus der Programmzeit sehr viel Selbstbewusstsein in Bezug auf die eigene Arbeit und weitere gemeinsame Initiativen mit der Schule. Die Moderatoren/-innen wurden in der ersten Programmlaufzeit zu Bildungsbegleiter/-innen, die die deutlich gesteigerte Selbstwirksamkeitsüberzeugung und Ideenentwicklung in den Teams unterstützen, die Teams auch bei Umwegen beratend begleiten, strukturieren, organisieren, Fragen stellen und den Pädagogen/-innen bei der Umsetzung von Projekten hilfreich zu Seite stehen.

ponte wird mindestens bis Ende des Schuljahres 2007/2008 laufen. Bis dahin werden weitere Erhebungen durchgeführt, deren Ergebnisse in eine Abschlussdokumentation münden werden.

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), Sandra Piper, Programmabteilung, Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin, Telefon 030/257676-35
E-Mail: sandra.piper@dkjs.de
www.ponte-info.de
www.dkjs.de
www.reformzeit.de

Junge Zuwanderer coachen sich gegenseitig

Zur Einführung des Buddy-Ansatzes in der Arbeit der Jugendmigrationsdienste

von Dr. Elvira Spötter

Die sozialpädagogische Begleitung vor, während und nach den Integrationskursen ist Teil der individuellen Integrationsförderung der Jugendmigrationsdienste und beinhaltet Beratung und Begleitung im Verfahren des Case Managements. Hierzu gehören eine auf längere Zeit orientierte Lebensplanung, ein individueller Integrationsförderplan und eine sozialpädagogische Begleitung, die durch flankierende und ergänzende Angebote unterstützt wird und zum Ziel hat „die jungen Menschen hinsichtlich ihrer Lebensplanung, ihrer Ausbildungs- und Berufsorientierung zu motivieren und unterstützen“ (Richtlinie des BMFSFJ vom 01.01.2005). Die mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 eingeführten Integrationskurse sind für alle Zuwanderungsgruppen angelegt und beinhalten je 600 Deutschstunden und 30 Stunden Orientierungskurs.

Vom Konzept der Integrationskurse ausgehend, sollen gruppenspezifische Kurse angeboten werden: z. B. Jugendkurse, Frauen- und Alphabethisierungskurse. In der Praxis kommen jugendspezifische Integrationskurse jedoch selten zu Stande.

Die Jugendmigrationsdienste sollen in enger Kooperation mit den Sprachkursträgern und den Lehrer/-innen der Integrationskurse an der Verwirklichung dieser Ziele arbeiten. Die Erfahrungen der zurückliegenden zwei Jahre zeigen:

– Jugendkurse sind eine Seltenheit, meist sind die Integrationskurse altersgemischt. Das erschwert oder macht es unmöglich, Angebote für die ganze Gruppe zu machen (z. B. jugendspezifische Fragen, Nachholen von Schulabschlüssen, Angebote der Jugendberufshilfe).
– Junge Menschen bilden im Rahmen der Integrationskurse Kleingruppen, meist mit Landsleuten. Deshalb finden die für die Integration erforderliche Kommunikation und der informelle Erfahrungsaustausch nur bedingt statt.
– Viele junge Menschen verbringen sechs Monate im Integrationskurs und haben nur einen geringen Zuwachs an sozialen Kompetenzen erlebt, haben wenig bis gar keine Bekanntschaften gemacht und zeigen oft eine schwindende Motivation, den Kurs bis zu Ende durchzuhalten.

Die sozialpädagogische Begleitung junger Zuwanderer

Die sozialpädagogische Begleitung von jungen zugewanderten Menschen ist fester Bestandteil der Integrationsförderung und in den Grundsätzen zur Durchführung und Weiterentwicklung des Programms 2.18 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) „Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund“ verankert.

In den Richtlinien wird darauf hingewiesen, dass für die Gruppe der nicht mehr schulpflichtigen jungen zugewanderten Menschen, „die überwiegend keine verwendbare Ausbildung und naturgemäß keinen deutschen Abschluss mitbringen und nach dem Integrationskurs in die Berufsausbildung gehen oder weiterführende Schulen besuchen wollen, eine sozialpädagogische Begleitung während des gesamten Integrationsprozesses unverzichtbar ist“ und von den Jugendmigrationsdiensten vorgehalten werden soll.

(Richtlinie BMFSFJ vom 19.11.2002)

Das Projekt

– Den neu zugewanderten jungen Menschen fehlt oft ein Ansprechpartner, mit dem sie sich unterhalten oder auseinander setzen können oder bei dem sie Hilfe bekommen.

Diese Beobachtungen aus der Praxis waren Anlass für eine Projektgruppe der katholischen Jugendmigrationsdienste in NRW, die aktuelle Situation der Kursteilnehmer/-innen gezielt zu beobachten, Erfahrungen zusammen zu tragen, die in der Praxis entstehenden Aufgaben der sozialpädagogischen Begleitung zu benennen, sie zu strukturieren, neue Strategien zu entwickeln und letztendlich ein schlüssiges Konzept vorzulegen. Dabei sollen die sozialen Kompetenzen der jungen Zuwanderer stärker genutzt, ausgebaut und eingesetzt werden, aktive Helfer aus den Reihen der Zuwanderer sollen gewonnen und durch soziales Lernen zu „Buddies“ ausgebildet werden (Buddy-Ansatz: siehe nächste Seite).

In diesem Kontext wurde für die Mitarbeiter/-innen der Jugendmigrationsdienste eine zweitägige Fortbildung zum Thema „Stärkung von sozialen Handlungskompetenzen und Übernahme von Verantwortung von jungen Zuwanderern“ in Kooperation mit Buddy e.V. durchgeführt. Die Mitarbeiter/-innen wurden mit der Buddy-Methode vertraut gemacht und nahmen viele Impulse zur Gestaltung der sozialpädagogischen Begleitung mit dem Buddy-Ansatz für ihre Arbeit mit.

Der Prozess der sozialpädagogischen Begleitung der jungen zugewanderten Menschen bei ihrer Erstintegration ist mehrdimensional und umfangreich. Die Ausrichtung der Angebote muss sich im Laufe des Integrationsprozesses immer wieder an den Belangen und Lebensphasen der jungen zugewanderten Menschen neu orientieren. Die Integrationsangebote können in vier Bausteine zusammenfasst werden.

1. Baustein (vor Beginn des Integrationskurses)

– Akquise der Integrationskursteilnehmer/-innen.
– Erstkontakt zu künftigen Integrationskursteilnehmer/-innen.

– Vermittlung in Integrationskurse.
– Aufbau des Netzwerkes.

2. Baustein (Integrationskurs)

– Kontakt zum Integrationskurs (Teilnehmer/-innen, Sprachkursträger, Lehrer/-innen).
– Angebote des Jugendmigrationsdienstes vorstellen.
– Sprechstunden/Bedarfsanalyse.
– Erstberatung.

3. Baustein (Integrationskurs)

– Beratung.
– Förderplan mit erstem Assessment.
– Gruppen- und Einzelangebote, Informationsveranstaltungen.
– Unterstützung, Förderung und Ergänzung vorhandener sozialer Kompetenzen.
– Sensibilisierung für das Miteinander.
– Kursteilnehmer/-innen für Buddy-Funktion gewinnen, schulen und unterstützen.
– Kontaktpflege (Lehrer/-innen, Träger, Teilnehmer/-innen, Eltern).
– Aktualisierung des Förderplans, zweites Assessment.

4. Baustein (nach Abschluss des Integrationskurses)

– Bewerbungsmappe erstellen.
– Abschlussfest.
– Beratung.
– Förderplan fortsetzen.
– Vermittlung.
– Pflege der Kontakte zu den Buddies.
– Gewinnung für neue Aufgaben.

Die Aufgaben in der benannten zeitlichen Reihenfolge bilden den Rahmen der sozialpädagogischen Begleitung vor, während und nach dem Integrationskurs. Inwieweit und in welchem Umfang die Aufgaben von den Jugendmigrationsdiensten geleistet werden, hängt vor allem von den Rahmenbedingungen und der Kurszusammensetzung ab. Oft ist der benannte Umfang mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht realisierbar. Daher müssen zusätzliche Kapazitäten geschaffen und der Einsatz von Ehrenamtlichen, Buddies und Multiplikatoren/-innen ermöglicht werden. Da bekannt ist, dass die Integration in die kulturell vielfältige Gesellschaft am besten gelingt, wenn gegenseitiges Kennenlernen und Akzeptieren zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen Einheimischen und Zuwanderern oder zwischen Zuwanderern unterschiedlicher Herkunft führt, setzt das Konzept auf junge zugewanderte Menschen, die eine wichtige Mittler- oder Helferrolle während des Integrationskurses oder auch über den Kurs hinaus übernehmen.

Diese Jugendlichen, von den Mitarbeiter/-innen der Jugendmigrationsdienste und von den Lehrer/-innen unterstützt und geschult, können anderen Kursteilnehmer/-innen freundschaftlichen Halt und Hilfe anbieten. Als Kursteilnehmer/-in erkennen sie die Bedarfe der Teilnehmer/-innen frühzeitiger und genauer als die Mitarbeiter/-innen der Jugendmigrationsdienste. Auch die Ansprache der Gleichaltrigen wird meistens gut angenommen. Der Einsatz von Personen mit Fähigkeiten auf andere zuzugehen, sie für etwas zu begeistern und sie mitzunehmen, beeinflusst die Gruppendynamik positiv und führt insgesamt zu einem verbesserten Lernklima in den Kursen.

Angelehnt an den Buddy-Gedanken, sollen junge Menschen, die neu in Deutschland sind, Selbstvertrauen gewinnen, eigene Wirkungsmöglichkeiten ausprobieren und sich aktiv und verantwortungsvoll für die Gestaltung der eigenen Zukunft einsetzen. Dabei wird darauf geachtet, dass die jungen zugewanderten Menschen selbst noch am Anfang des eigenen Integrationsprozesses stehen und deshalb nicht für länger dauemde Aufgaben gewonnen werden können. Sie übemehmen Aufgaben, die ihnen inhaltlich bekannt sind und einen überschaubaren zeitlichen Rahmen haben.

Um Personen zu finden, die eine Buddy-Funktion übernehmen können, wurden in vier Jugendintegrationskursen Befragungen zur Gruppendynamik kurz nach Beginn und ein Monat vor Ende des Kurses durchgeführt. Dies geschah in enger Kooperation der Mitarbeiter/-innen der Jugendmigrationsdienste, der Sprachkursträger und der Lehrkräfte. Kursteilnehmer/-innen, die von mehreren anderen Teilnehmer/-innen als kontaktfähig und kommunikativ wahrgenommen wurden, wurden einzeln von den Fachkräften der Jugendmigrationsdienste angesprochen, ob sie interessiert und bereit sind, kleine Aufgaben für die Gruppe oder einzelne Gruppenteilnehmer/-innen zu übernehmen. Die Freiwilligen, 12 junge Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren, vier Männer und acht Frauen, wurden zu einem ersten Treffen eingeladen. Fünf von ihnen befanden sich in einem laufenden Integrationskurs, die anderen hatten den Integrationskurs vor kurzem beendet oder

Der Buddy-Ansatz

In Gruppen von jungen Menschen, die Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel ein ähnliches Alter oder verfolgte Ziele aufweisen und sich im Handeln und Urteilen gegenseitig beeinflussen, gibt es immer einzelne Personen, die besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung genießen. Über die Arbeit mit diesen Personen auch auf andere junge Menschen positiv einzuwirken, sie zur Übernahme von Verantwortung zu bewegen und ihr Selbstwertgefühl zu stärken, ist Grundidee und pädagogisches Ziel der 1999 ins Leben gerufenen „Buddy-Projekte“ – die inzwischen bundesweit in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen Anerkennung gefunden haben.

Nun kommt ein Baustein hinzu: Der Buddy-Ansatz soll in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Kath. Jugendsozialarbeit in der Arbeit der Jugendmigrationsdienste erprobt werden.

Auf der Bildungsmesse didacta in Köln (2007) war Buddy e. V. (Schirmherrin Prof. Dr. Rita Süssmuth) mit dem Thema Soziales Lemen erfolgreich vertreten.

Aufgaben der Buddies

– Auf Andere zugehen und zum Gespräch oder Austausch bewegen.
– Informationen weitergeben/erklären.
– Sich gegenseitig unterstützen.
– Hilfe anbieten.
– Kontakte für Andere herstellen.
– Mittlerrolle übernehmen.
– Verantwortung übernehmen.
– Ausgrenzungen verhindern.
– Positive Verhaltensweisen unterstützen.
– Zum Weitermachen motivieren.
– Streitschlichtung.

befanden sich in einer Anschlussmaßnahme. Mit dieser Gruppe junger zugewanderter Menschen, die aus verschiedenen Regionen und in unterschiedlichen Lebensphasen nach Deutschland eingereist sind, wird nun getestet, inwieweit sie für Buddy-Funktionen in der Integrationsarbeit der Jugendmigrationsdienste eingesetzt werden können und welchen positiven Effekt dieser Einsatz für sie selbst und die anderen Integrationskursteilnehmer/-innen hat.

Der erste Workshop mit den jungen Teilnehmer/-innen der Integrationskurse kam sehr gut an, sie haben interessiert mitgearbeitet, nach Lösungen gesucht und viele neue Anregungen und Themen für weitere Workshops benannt. Die meisten haben die Herausforderung, eigene soziale Kompetenzen auszubauen und zur Unterstützung Anderen anzubieten, sehr ernst genommen und verantwortungsvoll umgesetzt.

Durch den Ausbau der sozialpädagogischen Begleitung der jungen zugewanderten Menschen durch die Mitarbeiter/-innen der Jugendmigrationsdienste mit den oben benannten Schwerpunkten verändert sich auch die Kooperationsarbeit mit Sprachkursträgern, Lehrer/-innen und den Regionalkoordinatoren/-innen des Bundes. Es müssen Absprachen getroffen sowie kurz- und langfristige Ziele und gemeinsame Strategien im Hinblick auf den Erwerb und Ausbau von sozialen Kompetenzen der Kursteilnehmer/-innen vereinbart und verfolgt werden.

Geleitet vom Gedanken *„Sag es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich, und ich werde es verstehen.“* sollen die jungen Menschen dazu angeleitet werden, aktiv eigene Integrationsschritte zu bewältigen und anderen helfend zur Seite zu stehen.

Dr. Elvira Spötter, LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW e.V., Gürzenichstraße 21, 50667 Köln. Ansprechpartnerin: Franziska Schulz, Telefon 0221/27806-230, E-Mail: franziska.schulz@jugendsozialarbeit.info
www.jugendsozialarbeit.info

Erstabdruck in „jugendsozialarbeit aktuell“ Nr. 71 vom April 2007

Projektausschreibung

KINDER ZUM OLYMP! 2007/2008

Schulen kooperieren mit Kultur

Wettbewerb der Kulturstiftung der Länder in Zusammenarbeit mit der Deutsche Bank Stiftung

Gemeinsam mit einem Theater, einem Museum, einem Orchester, einem einzelnen Künstler ein Projekt entwickeln und durchführen, neue und kreative Impulse für den Schulalltag schaffen …

Im Rahmen ihrer Jugendinitiative KINDER ZUM OLYMP! ruft die Kulturstiftung der Länder zum vierten Mal bundesweit zu einem Wettbewerb für Schulen auf. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, sich künstlerisch auszudrücken, Kunst und Kultur für sich zu entdecken. In Kooperationsprojekten mit außerschulischen Partnern können Schüler/-innen und Lehrer/-innen neue Ideen entwickeln und umsetzen. Der Wettbewerb umfasst die Bereiche:

– Bildende Kunst, Architektur und Kulturgeschichte,
– Film und Neue Medien,
– Literatur,
– Musik,
– Musiktheater,
– Tanz,
– Theater.

Pro Sparte werden in der Regel vier Preise vergeben – jeweils ein Preis für jede Altersstufe.

Teilnehmen können alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland. Gemeinsam mit einer Kulturinstitution oder einem Künstler kann eine ganze Schule, eine Klasse, ein Kurs oder eine Arbeitsgemeinschaft aus einer Grundschule oder einer weiterführenden Schule teilnehmen. Der Wettbewerb ist nach den Schulklassen 1-4, 5-9 und 10-13 gestaffelt. Auch klassen- bzw. altersübergreifende Projekte können sich beteiligen.

Projektinhalte

Neue Ideen sind gesucht! Schüler/-innen, Lehrer/-innen und ihre Partner aus Kunst und Kultur sollen innovative Projekte gemeinsam entwickeln. Inspiration liefert die Datenbank „Praxisbeispiele“ unter *www.kinderzumolymp.de*. Hier finden sich Projekte von Preisträger/-innen und Endrundenteilnehmer/innen der beiden letzten KINDER ZUM OLYMP!- Wettbewerbe, die zeigen, wie viel machbar ist – und das überall! Zusätzliche Anregungen bietet das Handbuch „KINDER ZUM OLYMP! Wege zur Kultur für Kinder und Jugendliche“ mit 85 beispielhaften Projekten.

Kriterien & Preise

Der Preis wird für durchgeführte und laufende Projekte vergeben (Projektstart ab Oktober 2006, Projektabschluss spätestens Mai 2008). Das Konzept muss übertragbar sein – viele sollen durch die gute Idee angesteckt werden können.

Es gibt Geldpreise im Gesamtwert von 28.000,- EUR, Besuche von Aufführungen und Ausstellungen sowie Sonderpreise der Deutschen Bank.

Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury. Bei einer zentralen Preisverleihung im Herbst 2008 werden die Gewinnergruppen eingeladen und ihre Projekte der Öffentlichkeit innerhalb eines kleinen Festaktes vorgestellt.

Termine

Eine Anmeldung zum Wettbewerb ist vom 24. September bis 15. November 2007 möglich. Der Wettbewerbsbeitrag ist dann bis zum bis 1. März 2008 einzureichen.

Weitere Informationen sowie Anmeldung zum Wettbewerb unter: www.kinderzumolymp.de

Kontakt: Kulturstiftung der Länder, KINDER ZUM OLYMP!, Lützowplatz 9, 10785 Berlin Telefon 030/89363517, E-Mail: kinderzumolymp@kulturstiftung.de

Lebenskunst lernen

BKJ-Modellprojekt zu Kultureller Bildung an Haupt- und Förderschulen geht an den Start

„Mehr Chancen durch Kulturelle Bildung!“ – unter diesem Motto will die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) Innovationen für die Weiterentwicklung der Kulturellen Bildung an Haupt- und Förderschulen liefern. Mit ihrem neuen Modellprojekt „Lebenskunst lernen“ will sie die Konzeptentwicklung und vermehrte Umsetzung kultureller Bildungsangebote insbesondere an Hauptschulen anregen und gleichzeitig Verbände und Einrichtungen für bildungsbenachteiligte Zielgruppen sensibilisieren. Denn ein zu großer Teil der in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen erhält kaum Möglichkeiten zur Teilhabe am kulturellen Leben. Den Trägern der Kulturellen Bildung bieten Kooperationen mit allgemein bildenden Schulen gute Gelegenheiten, mit ihren Angeboten auch jene Zielgruppen zu erreichen, die normaler Weise nicht zum gängigen Klientel ihrer Einrichtung gehören. Zahlreiche Träger- und Einrichtungen nutzen diese Chance; vor allem im Primarbereich haben sich bundesweit Kulturkooperationen etabliert. Weniger verbreitet sind bisher Bildungspartnerschaften zwischen kulturellen Trägern und weiterführenden Schulen, insb. Hauptschulen profitieren bislang noch vergleichsweise wenig vom neuen „Kooperationsboom“.

Umsetzung findet das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt im Rahmen einer Innovationswerkstatt „Lebenskunst lernen“, bestehend aus bundesweit und spartenübergreifend zusammengesetzten Trägern, die Kulturprojekte an Haupt-, Ober- und Förderschulen durchführen. Die praktische Arbeit der Bildungspartner wird im Rahmen regelmäßiger Werkstatt-Treffen, Fortbildungen und Arbeitshilfen fachlich begleitet und zudem evaluiert.

Dabei stehen vor allem die Wirkungen der Kooperationen in Hinblick auf die Ausbildung von Schlüsselkompetenzen der Jugendlichen im Fokus der Werkstattarbeit. Die Dokumentation und Reflexion der Kompetenzentwicklung geschieht durch die Anwendung des in der BKJ entwickelten „Kompetenznachweis Kultur“ innerhalb der teilnehmenden Praxisprojekte. Darüber hinaus sind die Auswirkungen der Zusammenarbeit zwischen Kulturarbeit und Hauptschulen auf die Trägerstrukturen und auf die Schulkulturen insgesamt von Interesse.

Antragsfrist Anfang 2008

Gestartet ist das dreijährige Modellprojekt am 01.07.2007. Anfang 2008 können sich Träger und Einrichtungen der Kulturellen Bildung für eine Projektförderung im Rahmen der „Lebenskunst lemen Werkstatt“ bewerben!

Autorin: Viola Kelb/24.9.2007

Kontakt und weitere Informationen:
Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) e.V.,
Bereich „Kultur macht Schule“,
Küppelstein 34, 42857 Remscheid
Ansprechpartner/-in:
Tom Braun, E-Mail: braun@bkj.de
Viola Kelb, E-Mail: kelb@bkj.de
Telefon 02191.79 43 83
www.kultur-macht-schule.de

Jugendwettbewerb NRW. demokratie leben
Courage zeigen für Demokratie
der Landeszentrale für politische Bildung NRW

„Courage zeigen für Demokratie“ lautet das Motto des „Jugendwettbewerbs NRW. demokratie leben“ der Landeszentrale für politische Bildung NRW für das Jahr 2007/2008. „Mit dem Wettbewerb möchten wir den Jugendlichen in NRW eine Plattform geben, auf der sie zeigen können, wie ihre persönlichen Erfahrungen mit Demokratie sind, wie sie demokratische Prozesse gestalten und wie Courage gegen Diskriminierung und Intoleranz aussehen kann“, sagte (...) Jugendminister Armin Laschet. „Eine breite Öffentlichkeit soll erfahren, wie kreativ und kompetent die Jugend in NRW ist.“ Am Jugendwettbewerb 2005/2006 hatten sich insgesamt 90 Teams mit 1.300 Jugendlichen aus NRW beteiligt.

Teilnehmen können auch in diesem Jahr wieder Jugendgruppen der außerschulischen Jugendarbeit, Schulklassen der Sek. I und II in allgemein bildenden Schulen, Förderschulen sowie Berufskollegs. Abgabeschluss für die Beiträge ist der 17. März 2008. In fünf Kategorien werden jeweils erste bis dritte Preise mit Geldbeträgen zwischen 1.000 und 3.000 Euro vergeben. Kooperationspartner des Wettbewerbs sind der Landesjugendring NRW e.V., die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – Landesverband NRW e.V. und das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Die teilnehmenden Teams sollten aus mindestens drei Personen bestehen, die ihre Form des Beitrages frei auswählen. Eingereicht werden können zum Beispiel Reportagen, Interviews, Videos, Präsentationen auf CD-ROM, Comics oder Wandzeitungen. Ausgewählt werden die Beiträge von einer Jury unter der Leitung von Dr. Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW.

Einsendeschluss ist der 17.03.2008.

Die Preisverleihung findet am 22. Juni 2008 im Landtag NRW im Landtag statt.

Weitere Informationen zum „Jugendwettbewerb NRW ...“ und zu den Teilnahmebedingungen unter: www.jugendwettbewerb.nrw.de

Projektausschreibung

Lichtpunkte

Innovative Projekte gegen Folgen von Kinderarmut gesucht

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) startet zusammen mit der debitel AG das Programm Lichtpunkte. Lichtpunkte sind Initiativen, die arme Kinder vor Ort unterstützen und ihnen Hoffnung geben. Gesucht und gefördert werden innovative Projektideen.

Deutschlandweit werden Projekte gefördert, die neue Wege beschreiten, um jungen Menschen Chancen zu geben, sich aus dem Teufelskreis von Armut und Ausgrenzung zu befreien und sie entsprechend ihrer Lebenslagen zu unterstützen. Diese Lichtpunkte-Projekte sollen unterschiedliche Akteure zusammenbringen. Dazu zählen sowohl Kinder und Pädagogen/-innen als auch Eltern, Menschen im Ruhestand, Auszubildende und kommunale Verantwortungsträger – einfach alle engagierten Personen, die in ihrer Umgebung Verantwortung übernehmen wollen und einen gemeinsamen Lichtpunkt für Kinder und Jugendliche schaffen möchten.

Dr. Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung: „Jedes Kind hat besondere Fähigkeiten – Armut verhindert, dass Kinder ihre Potentiale zeigen und entfalten können. Es muss dringend etwas getan werden."

Wissenschaftliche Studien belegen: Diese benachteiligten Kinder haben geringere Aussichten auf einen guten Bildungsabschluss, so dass bereits in jungen Jahren die spätere Berufswahl stark eingeschränkt wird. Auch viele soziale und kulturelle Angebote bleiben diesen Kindern verschlossen, und häufig fehlen stabile Strukturen und Netzwerke. Dies bedingt nicht zuletzt ein erhöhtes Risiko, körperlich oder psychisch zu erkranken.

Einsendeschluss ist der 17.12.2007.

Anfang 2008 wählt eine Fachjury unter den eingereichten Ideen die besten Projekte aus. Diese werden für mindestens ein Jahr finanziell unterstützt sowie inhaltlich und organisatorisch begleitet. Regelmäßige Netzwerktreffen dienen dem Austausch aller Beteiligten und der Qualitätsentwicklung. Das Programm Lichtpunkte wird außerdem von einer unabhängigen Stelle evaluiert.

Weitere Informationen (u.a. die Ausschreibungsunterlagen mit den Förderkriterien) unter: www.lichtpunkte.info
Kontakt zum Projektbüro: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Ursula Csejtei (Programmleiterin), Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin, Telefon 030/25767629
E-Mail: info @lichtpunkte.info
www.dkjs.de

Gemeinschaft bildet

Wettbewerb für Projekte der Kinder- und Jugendhilfe von Aktion Mensch und Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt

Über Jahrzehnte hat sich die Bildungsdiskussion auf den Bereich Schule konzentriert. PISA hat verdeutlicht, dass das Schulsystem dem Anspruch der sozialen Chancengleichheit nicht gerecht werden kann. Die in der Folge ausgelöste Diskussion hat die Bedeutung der nichtformalen und der informellen Bildung herausgearbeitet und bekräftigt, dass Bildungsprozesse in ihrer Gesamtheit gesehen und ganzheitlich in der Verknüpfung von Bildung, Betreuung und Erziehung gefördert werden müssen. Hierdurch rückt der Wert von Bildungsangeboten außerhalb der Schule in den Blickpunkt einer ganzheitlichen Bildung mit dem Anspruch, allen Kindern und Jugendlichen eine Chance auf Verwirklichung ihrer sozialen und beruflichen Integration zu sichern: unabhängig von sozialer oder kultureller Herkunft und des Geschlechts.

Ob in der Theatergruppe, auf dem Fußballplatz oder in der Bastelgruppe: Im spielerischen Wettbewerb oder kreativen Miteinander gewinnen Kinder und Jugendliche Selbstvertrauen. Der Umgang mit Frustration und Konflikten, Respekt und Teamfähigkeit sind wichtige Kompetenzen im Hinblick auf kulturelle, geschlechtsspezifische und soziale Differenzen.

Unter dem Motto „Gemeinschaft bildet" sucht die Aktion Mensch gemeinsam mit dem Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Rahmen der Initiative „dieGesellschafter.de" nach beispielhaften Projekten, die gezielt Kinder und Jugendliche in ihrem Umfeld ansprechen und ihnen ermöglichen, ihre Kompetenzen zu entdecken, zu entwickeln und zu stärken.

Der Wettbewerb möchte die Bemühungen um Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche außerhalb von und mit der Schule würdigen. Die ausgewählten Projekte sollen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden und zur Nachahmung anregen.

Teilnehmen können gemeinnützige Einrichtungen, Träger und Initiativen der Kinder- und Jugendhilfe. Das jeweilige Projekt muss auf zwei bis drei DIN A4-Seiten beschrieben und durch Fotografien dokumentiert werden. Die Besonderheiten des Projekts sollen dabei im Vordergrund stehen. Die Teilnahme ist nur mit ausgefüllten Teilnahmeunterlagen möglich.

Einsendeschluss ist der 30.12.2007.

Weitere Infos (u.a. Gewinne, Teilnahmebedingungen usw.) unter:
www.diegesellschafter.de (Aktionen&Wettbewerbe/Gemeinschaftbildet)

Kinderschutz

nrw

Minister Laschet: Risikomanagement muss verbessert werden – Land fördert Soziale Frühwarnsysteme

Mit neuen Ansätzen will die Landesregierung den Kinderschutz in NRW weiter verbessern. Das erklärte am 27.08.2007 Familienminister Armin Laschet in Düsseldorf. „Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte“, so Minister Laschet. „Wir haben in NRW schon vieles für die Verbesserung des Kinderschutzes erreicht, trotzdem hat es Fälle von Vernachlässigung und Verwahrlosung gegeben – zuletzt in Iserlohn, Gelsenkirchen und Essen. Dies zeigt, wir haben weiteren Handlungsbedarf. Das vorbildliche System der Sozialen Frühwarnsysteme wird landesweit ausgedehnt. Die Landesregierung unterstützt dies mit einer Anschubfinanzierung. Das Risikomanagement der Fachkräfte vor Ort wird verbessert.“ Weitere neue Impulse und Analysen sollen eine umfassende Studie zu Kindern in Not und die Expertenkommission zum Kinderschutz liefern.

„Zum Jahresbeginn hat die Landesregierung ein Handlungskonzept für einen besseren Kinderschutz verabschiedet, mit der Umsetzung sind wir auf einem guten Weg. Jetzt geht es um weitere, neue Ansätze, die die Mitarbeiter/-innen in den beteiligten Jugendämtern und Hilfsangeboten befähigen, frühzeitiger ersten Hinweisen auf eine mögliche Vernachlässigung nachzugehen und Anleitungen für ein rechtzeitiges und gezieltes Eingreifen geben“, sagte Minister Laschet. „Es geht um ein besseres Erkennen und gezieltes Handeln.“ – Seit Jahren steigt das Ausmaß von Kindeswohlgefährdungen. Einige Zahlen:

– Die Anzeigen bei Vernachlässigung und Misshandlung haben sich nach polizeilicher Kriminalstatistik seit 1990 beinahe verdreifacht (Kinder bis sechs Jahre: 1990: 600 und 2005: 1.445; Kinder bis 14 Jahre: 1990: 1.377 und 2005: 3.377).
– Die Zahl der Fälle, in denen Jugendämter gefährdete Kinder zu ihrem eigenen Schutz in Obhut nehmen mussten, stieg von 1995 bis 2005 um 40 Prozent (Statistisches Bundesamt).
– 2005 bewilligten die Jugendbehörden rund 40.000 überforderten Eltern mit Kindern unter sechs Jahren „Familienunterstützende Maßnahmen“.
– Bei Kindern unter drei Jahren entziehen die Familiengerichte jedes Jahr in rund 2.200 Fällen das elterliche Sorgerecht.
– Auch der Bedarf der Eltern, die Hilfen zur Erziehung (HzE.) benötigen, macht das Ausmaß an Hilfebedarf deutlich. Die aktuellsten Zahlen für NRW stammen aus dem Jahr 2004: Die Fälle von HzE. sind dem langjährigen Trend folgend weiter angestiegen. Insgesamt wurden 162.558 Hilfen (einschließlich der Hilfen für junge Volljährige) gewährt. Im Jahr 2003 lag das Fallzahlvolumen noch bei 155.977 Fällen (= Anstieg um 4,2 Prozent).

Laschet: „Die Jugendämter haben aus den tragischen Fällen gelernt. Sie haben neue Wege beschritten und die Früherkennung intensiviert. Einen Ansatz, der aus einem Modellversuch in Herne resultiert, wollen wir aufgreifen und das Risikomanagement verbessern.“ Im Mittelpunkt steht dabei die handelnde Fachkraft vor Ort, die, wenn sie einen Fall von Vernachlässigung oder Verwahrlosung erkennt, sofort multikomplexe Lösungsansätze einleiten muss. Das reicht von Gesprächen mit den Eltern, über die Hinzuziehung des öffentlichen Gesundheitsdienstes bis hin zur Herausnahme des Kindes aus der Familie. Laschet: „Dazu müssen die Fachkräfte gut geschult sein und möglichst viele Beratungsansätze kennen und anwenden können. Deshalb starten wir in diesem Jahr gemeinsam mit den Landesjugendämtern eine Fortbildungskampagne für das Risikomanagement.“ Es stehen hierfür zunächst rund 70.000,- EUR bereit.

Darüber hinaus wird das bereits bestehende Angebot Soziales Frühwarnsystem flächendeckend eingeführt. Das Konzept der Sozialen Frühwarnsysteme zur Früherkennung einer Kindeswohlgefährdung ist inzwischen zu einem aufeinander abgestimmten Handlungspaket weiter entwickelt worden. Die Angebote reichen von der Unterstützung während der Schwangerschaft und Geburt, über die ersten Lebensjahre des Kindes bis hin zu Kindergarten- oder Schulkindern.

Ziel der Sozialen Frühwarnsysteme ist die systematische Verzahnung von Gesundheits-, Kinder- und Jugendhilfe. Netzwerke dieser beiden Hilfesysteme müssen noch weiter ausgebaut werden. Dies sind zum Beispiel Kooperationen mit Geburtskliniken, Ärzten, Hebammen und der Kinder- und Jugendhilfe. Weitere Kooperationen mit dem Bildungswesen, der Polizei, Justiz und dem sozialen Bereich (z.B. Sucht-/Drogenberatung) sind ebenfalls erforderlich.

Das Land fördert bereits eine Servicestelle, angesiedelt beim Institut für Soziale Arbeit in Münster (ISA), die die Städte und Gemeinden bei der Entwicklung und Weiterentwicklung sozialer Frühwarnsysteme unterstützt. Jetzt kommt eine Anschubfinanzierung durch das Land hinzu, damit noch in diesem Jahr der flächendeckende Ausbau der Sozialen Frühwarnsysteme in NRW starten kann. Die Landesförderung richtet sich nach der Anzahl der Kinder bis einschließlich sechs Jahre, die in der jeweiligen Kommune leben, zusätzlich gibt es für die 61 Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf 2.000,- EUR extra. Insgesamt stellt das Land in diesem Jahr über 1,5 Millionen EUR für die Sozialen Frühwarnsysteme bereit.

Laschet: „Das Bundesfamilienministerium schätzt, dass bis zu fünf bis zehn Prozent aller Kinder im Alter bis sechs Jahre vernachlässigt werden. Das wären in NRW zwischen 450.000 und 900.000 Kinder. Es fehlt bislang aber eine systematische wissenschaftliche Erhebung zum Ausmaß von Risikolagen von Kindern. Das wollen wir für NRW erreichen. Zwar sind in einzelnen Kommunen Untersuchungsergebnisse vorhanden, diese reichen aber nicht aus, um einen umfangreichen Einblick in die Gefährdungssituationen zu geben. Wir werden deshalb eine Studie ‘Kinder in Not’ ausschreiben.“ Gemeinsam mit Wissenschaftler/-innen, Jugendamtsleiter/-innen und Experten/-inne aus der Kinderschutzarbeit wurde ein Konzept für die Studie entwickelt. (...)

„Auch die Familienzentren sind ein wichtiges Instrument der Früherkennung und Hilfe, wie die Analyse der Angebote der bislang fast 1.000 Familienzentren zeigt“, so Minister Laschet. Beinahe alle Familienzentren (78 Prozent) halten ein niedrigschwelliges Angebot der Beratung und Unterstützung von Kindern und Familien vor. Weitere wichtige Angebote sind die Familienbildung und Angebote der Erziehungspartnerschaft, Unterstützung bei der Suche nach einer qualifizierten Kindertagespflege und damit die Erleichterung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Beinahe 88 Prozent der Familienzentren richten ihre Angebote nach dem besonderen Bedarf des Umfeldes aus. Fast alle (95 Prozent) kooperieren mit lokalen Partnern und sorgen dafür, dass die Angebote des Familienzentrums bekannt sind. Ebenso ist den Familienzentren die Weiterentwicklung ihres Konzepts und ihrer Leistungen wichtig. Deshalb gibt es seit dem 01.08.2007 knapp 1.000 Familienzentren in NRW, für die 2008 rund 16,2 Millionen EUR zur Verfügung stehen.

Minister Laschet: „Auch im künftigen Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) ist der Kinderschutz gesetzlich verankert. Wir verpflichten darin die Kindertageseinrichtungen zur Gesundheitsvorsorge. Bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung sind die Eltern frühzeitig zu informieren und geeignete Hilfen zu vermitteln. Bei fortbestehender Gefährdung muss das Jugendamt entsprechend informiert werden.“ Das Jugendamt soll zukünftig mit den für die Durchführung ärztlicher und zahnärztlicher Vorsorgeuntersuchungen zuständigen Stellen zusammenarbeiten und hat für jährliche ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen der Kinder in den Tageseinrichtungen Sorge zu tragen.

www.mgffi.nrw.de
27.08.2007

Kinderschutz macht Schule

Informationsveranstaltungen zu rechtlichen Grundlagen und zur Umsetzung des Kinderschutzes in Schulen

Der Schutzauftrag der Schule gegenüber den ihr anvertrauten Kindern erfährt durch das neue Schulgesetz NRW in § 42 Abs. 6 eine Konkretisierung. So sollen insb. Lehrer/-innen sowie die Fachkräfte Hinweise auf Vernachlässigung und Misshandlung (z.B. auffällige Fehlzeiten oder Verhaltensweisen) aufnehmen, angemessen hinterfragen und auf eine Klärung hinwirken. Hierzu gehört die Information des Jugendamtes ebenso wie die Einschaltung der Polizei, des Gesundheitsamtes und anderer Institutionen. Chance und Herausforderung für die Teams aus Lehr- und Fachkräften in offenen Ganztagsschulen ist es, eine besondere Sensibilisierung gegenüber Vernachlässigung und Gefährdung des Wohls von Kindern zu entwickeln, die multiprofessionell, fachlich versiert und im Zusammenspiel mehrerer Blickwinkel zustande kommt.

Im Auftrag von Schul- und Jugendministerium bietet die Serviceagentur „Ganztägig lernen in NRW“, in Kooperation mit LJA Rheinland und LJA Westfalen, ab Oktober insgesamt 10 Informationsveranstaltungen an (jeweils zwei Veranstaltungen im Einzugsgebiet jeder Bezirkrsregierung). Ziel der Veranstaltungen ist es, einen Einblick in die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Kinderschutz in Schule und Jugendhilfe zu geben sowie Handlungsmöglichkeiten und Vorschläge zu Prozessabläufen bei Anhaltspunkten für Kindeswohlgefährdung darzustellen. Die Veranstaltungen sollen die Umsetzung des Schutzauftrags in den Schulen unterstützen.

Zielgruppe sind Schulleitungen, Koordinatoren/-innen bzw. Leitungen im Ganztag, Beratungslehrkräfte, Jugendamtsleitungen sowie Lehrer/-innen und pädagogische Fachkräfte.

Weitere Infos (Ablauf, Termine, Anmeldung usw.) unter: www.ganztag.nrw.de

Fortbildung für Betreuungskräfte an Offenen Ganztagsschulen

nrw

von Birgit Elbe-Lange

Im Schuljahr 2007/08 werden etwa 160.000 Grundschulkinder in 2.700 Offenen Ganztagsschulen betreut. Seit der Einrichtung der ersten Ganztagsangebote hat sich das Angebot innerhalb kurzer Zeit weit verbreitet. Immer mehr pädagogische Fachkräfte arbeiten in diesem Umfeld, unterstützt von zahlreichen weiteren Mitarbeiter/-innen aus verschiedensten Berufsfeldern.

Der Kinderschutzbund in Siegburg (DKSB) ist Träger der Offenen Ganztagsschule an sechs Siegburger Grundschulen. Der Offene Ganztag entwickelte sich an allen Schulen aus der Übermittagsbetreuung und weitete sich Jahr für Jahr erheblich aus. Die Zahl der Mitarbeiter/-innen wuchs und der Bedarf nach fundierter Weiterbildung wurde deutlich. Daher entwickelte die pädagogische Leiterin in Kooperation mit der VHS Rhein-Sieg im Herbstsemester 2005/06 eine Fortbildung für Betreuungskräfte an Grundschulen, die mit einem Zertifikat abgeschlossen wird.

Die unterschiedliche berufliche Sozialisierung der Mitarbeiter/-innen stellt eine große Ressource dar, erfordert aber auch die Erarbeitung gemeinsamer Ziele, einer gemeinsamen Sprache und verabredeter Vorgehensweisen, die alle Mitglieder des Teams akzeptieren und umsetzen. Alle pädagogischen Kräfte haben Fortbildungsbedarf, da dieses Berufsfeld in den Ausbildungsgängen für Erzieher/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen ja noch nicht behandelt wurde.

Für eine spezifische Weiterbildung ergibt sich von daher die Anforderungen, das Berufsfeld sowohl für Fachkräfte als auch für Kräfte aus anderen Berufen zu strukturieren, Grundkenntnisse aufzufrischen und/oder zu erwerben und dem großen Bedürfnis nach Austausch Raum zu geben. Durch den gemeinsamen Besuch von mehreren Mitarbeiter/-innen können sich zusätzlich teambildende Effekte ergeben.

Die Teilnahme an Fortbildungen wird von Schulträgern und von pädagogischen Kräften als wichtiges Instrument gesehen, um ein qualitativ hochwertiges Angebot unter den engen personellen, finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen der Offenen Ganztagsschule zu gewährleisten. Im Ganztag sind Kooperationen mit verschiedenen örtlichen Akteuren erwünscht. Die enge Kooperation mit der Jugendhilfe ist gefordert – die Praxis gestaltet sich zurzeit aus. Erfahrungen fließen noch in größerem Umfang in die tägliche Arbeit ein und sollen in der Fortbildung thematisiert werden. Die Kenntnis dieser strukturellen Fragen und ein entsprechendes Problembewusstsein dafür bilden mit die Grundlagen für weiterführendes Handeln in schwierigen Situationen, für eine erfolgreiche Ausgestaltung von Kooperationen und Ressourcen im Alltag.

In acht Modulen werden grundlegende Kenntnisse vermittelt und wird die Handlungskompetenzen der Pädagogen/-innen gefestigt und erweitert. Die modulare Struktur macht eine zeitlich flexible Belegung möglich – wichtig für Familienfrauen (und vielleicht zukünftig -männer?), die mit der Fortbildung am Samstag einen Teil ihres Wochenendes „investieren". Jedes Modul umfasst eine Präsenzphase von acht bis 10 Unterrichtseinheiten sowie eine ebenso umfangreiche Phase der Nachbearbeitung, zu der die Führung eines Portfolios gehört. Die Hausarbeiten können in Einzel-, Paar- oder Gruppenarbeit angefertigt werden. Nach Belegung aller Pflicht- und eines Wahlmoduls sowie der Vorlage der Lehrgangsmappe wird im Rahmen einer kleinen Feier das Zertifikat überreicht. Bisher wurde das Zertifikat zwei Mal verliehen, die dritte Zertifizierung steht im September an.

Der Pflichtteil umfasst die Themen:
- Entwicklung von Grundschulkindern,
- Evaluation, Qualitätsentwicklung,
- Hausaufgaben,
- Integration,
- Kommunikation,
- Konflikte und Gesprächsführung,
- organisatorische Grundlagen
- und das Austauschmodul.

Fortbildung im Ganztag in NRW

Veranstaltungskalender der Serviceagentur „Ganztägig lernen"

Der Veranstaltungskalender der Serviceagentur „Ganztägig lernen in Nordrhein-Westfalen" für das 1. Schulhalbjahr 2007/2008 liegt in einer ersten Auflage vor. Er richtet sich an Lehrkräfte offener Ganztagsschulen, pädagogische Fachkräfte in den außerunterrichtlichen Angeboten des offenen Ganztags und Multiplikatoren/-innen.

Der Veranstaltungskalender bietet einen Überblick über die Veranstaltungen der Serviceagentur, ihrer Kooperationspartner und den Rahmenvertragspartnern als Anbieter von außerunterrichtlichen Angeboten in offenen Ganztagsschulen in NRW. Die Veranstaltungen werden landesweit ausgeschrieben und richten sich neben den Beteiligten im Bereich der offenen Ganztagsschule im Primarbereich auch an die neuen erweiterten Ganztagshauptschulen.

Download unter: www.ganztag.nrw.de (Aktuelles /Meldungen/Archiv Meldungen)

Hinter dem Wort „Austauschmodul“ verbirgt sich ein Methodenmodul am Ende der Reihe. Jede/-r Teilnehmer/-in präsentiert den Kollegen/-innen ihre „Lieblingsmethode“, die sich im Alltag besonders bewährt hat. Das kann eine Entspannungsübung sein oder das Vorgehen beim Mittagessen, die Form des Elterngespräches usw. So entsteht aus einer Fülle von Anregungen am Ende noch einmal aus praxisnahen, in der täglichen Arbeit „härtegeprüften“ Methoden eine Erweiterung der Handlungskompetenz.

Die Pflichtmodule leitet Birgit Elbe-Lange. Das Wahlmodul wird frei nach Neigung gewählt. Im Herbstsemester stehen dafür zur Verfügung:

– Brain-Gym & Kinesiologie (Leitung: Dr. med. Barbara Utpadel).
– Montessori-Pädagogik (Leitung: Hella Klein).
– Erkenntnisse zum Lernen – Beziehungen, Lernen, soziale und emotionale Kompetenz (Leitung: Konstanze Glöy).
– Partizipation (Leitung: Birgit Elbe-Lange).
– Sprache und Kunst (Leitung: Stephanie Reschke).

Es ist auch möglich, Module einzeln zu besuchen.

Weitere Infos unter:
www.vhs-rhein-sieg.de
(Kursprogramm/Arbeit+Beruf/Fortbildungen für Betreuungskräfte).
Anmeldung: VHS Rhein-Sieg, Ringstr. 24, 53721 Siegburg
E-Mail: manuela.beckert@vhs-rhein-sieg.de
Kontakt: Birgit Elbe-Lange,
E-Mail: elbe-lange@trainerpoint.de
Telefon 02241/67237
www.trainerpoint.de

Zertifikatskurs für Ergänzungskräfte in der Offenen Ganztagsschule

Kurs von LJA Rheinland und LVR-Berufskolleg startet 2008

Die Offene Ganztagsschule entwickelt sich zu einem Haus des Lebens und Lernens. Alle Beteiligten verbringen mehr Zeit miteinander, die auf vielfältige Weise zur Förderung der ganzheitlichen Entwicklung der Mädchen und Jungen genutzt wird: Zeit für Lemen und Arbeiten allein und in Gruppen, Bewegung, Sport und Spiel, Tanz und Musik, Freizeit, Essen und Trinken, Toben und Ruhen, gezielte individuelle Förderung, Erziehung, Bildung und Betreuung in einer angemessenen Rhythmisierung des Schulalltags.

Viele Grund- und Förderschulen haben als Offene Ganztagsschulen einen großen Schritt in Richtung auf diese Ziele gemacht. Sie kooperieren dazu mit verschiedenen Trägern der Jugendhilfe und anderen Leistungsanbietern (z.B. Musik-, Sport- und Kunstvereinen). Damit verändern sich die Rollen der traditionell in Schule handelnden Personen, und neue Professionen finden Eingang in die Schule. Die Lehrenden entwickeln ihre Rolle von fachbezogen Unterrichtenden zu diagnostisch, beratend, unterstützend und anleitend Handelnden. Die neuen sozialpädagogisch orientierten Mitarbeiter/-innen arbeiten sowohl erziehend und betreuend als auch bildend und fördernd. Damit für die Mädchen und Jungen dieser „Professionsmix“ als eine ganzheitliche Entwicklungsförderung erfahren wird, müssen beide Professionen eng kooperieren.

Viele Träger der Jugendhilfe nutzen für ihre Angebote im Offenen Ganztag neben sozialpädagogischen Fachkräften nicht pädagogisch ausgebildete Mitarbeiter/-innen als sogenannte Ergänzungskräfte. Auch diese Mitarbeiter/-innen müssen den vielfältigen Anforderungen des pädagogischen Alltags mit angemessener Qualität begegnen können. Zu ihrer Unterstützung bietet das Landesjugendamt Rheinland in Zusammenarbeit mit dem Berufskolleg des LVR einen Zertifikatskurs über 158 Stunden in 1,5 Jahren an. Dieser Kurs wendet sich an Mitarbeiter/-inne im Offenen Ganztag, die keine pädagogischen Fachkräfte sind.

Eingangsvoraussetzung

Arbeits- oder Praktikumsstelle in einer Offenen Ganztagsschule; Kontrakt zwischen den Teilnehmer/-innen, der vorgesetzten Dienststelle/dem Träger und der Leitung des Zertifikatskurses.

Termine

Die Termine sind:

– 25. bis 27. Januar 2008;
– 30. Mai bis 1.Juni 2008;
– 14. bis 16. November 2008;
– 6. bis 8. Fabruar 2009;
– 29. bis 31. Mai 2009.

Weitere Infos (Inhalte, Ablauf, Muster des Kontraktes usw.) unter:

ww.berufskolleg.lvr.de
www.jugend.lvr.de (Fachthemen/Offene Ganztagsschule).

Infos, Beratung und Fortbildung zum „Ganztag“ im LJA Rheinland

Fachberatung „Offene Ganztagsschule im Primarbereich“

Die Fachberatung im Landesjugendamt Rheinland informiert und berät Kommunen (Jugend- und Schulverwaltungsämter), freie Trägerzusammenschlüsse auf kommunaler und Landesebene sowie Jugendhilfe-und Schulausschüsse zur Einführung der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich. Ansprechpartner/-in sind

– im Regierungsbezirk Düsseldorf: Frau Dr. Kleinen, Tel. 0221/809-6940, E-Mail: karin.kleinen@lvr.de
– im Regierungsbezirk Köln: Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932, E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Weitere Infos & Materialien der Fachberatung zum „Ganztag“ unter:
www.jugend.lvr.de (Fachthemen/Jugendhilfe und Schule/Ganztagsschule)

Sicherheitsförderung und Aufsicht

in offenen und gebundenen Ganztagsschulen und in weiteren Betreuungsmaßnahmen in Schulen

Die Zahl der offenen und gebundenen Ganztagsschulen steigt. Darüber hinaus gibt es in vielen Schulen, auch in offenen Ganztagsschulen im Primarbereich, ergänzende Ganztagsangebote, für die Kinder, die nicht an den Ganztagsangeboten teilnehmen. Ganztagsschulen und Ganztagsangebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildungsförderung, zur Weiterentwicklung von Schulen und zur Unterstützung von Familien. Grundlage vieler Ganztagsschulen und Ganztagsangebote ist die enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, insbesondere aus Jugendhilfe, Kultur und Sport.

Ganztags- und Betreuungsangebote gelten als schulische Veranstaltungen. Sie stehen im Organisations- und Verantwortungsbereich der Schulleitungen. Die teilnehmenden Schüler/-innen sind gesetzlich unfallversichert. Deshalb gelten auch für diesen Bereich die einschlägigen Bestimmungen zur Aufsicht, zur Unfallverhütung und zur Ersten Hilfe.

Im Interesse der Sicherheit für die teilnehmenden Schüler/-innen und auch zum Schutz des Betreuungspersonals müssen die Schulleitungen die notwendigen Informationen an die Mitarbeiter/-innen weitergeben. Das geschieht am besten im Rahmen von Vereinbarungen über Aufgaben, Rechte und Pflichten.

Für den Ganztag sieht das Schulgesetz erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten vor. Es ist für die erfolgreiche Umsetzung des gemeinsamen Bildungs- und Erziehungskonzepts sehr hilfreich, wenn den pädagogischen Fachkräften der Partner des Ganztags sowie weiterem Betreuungspersonal ermöglicht wird, an den Lehrerkonferenzen teilzunehmen, sich in die Schulkonferenz wählen zu lassen oder auch in eigenen für den Ganztag geschaffenen Gremien mitzuwirken. In § 75 Abs. 4 des Schulgesetzes NRW heißt es beispielweise im Hinblick auf die offenen Ganztagsschulen: „An offenen Ganztagsschulen vereinbart die Schule mit ihren Kooperationspartnern besondere Regelungen zur Mitwirkung der pädagogischen Betreuungskräfte dieser Partner. Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung durch die Schulkonferenz.“

Mehrere Runderlasse des MSW regeln Fragen der Sicherheit (BASS 12 – 08 Nr. 1: Aufsicht; BASS 18 – 23 Nr. 2: Sicherheit im Schulsport; BASS 18 – 24 Nr. 1: Erste Hilfe). Die dort für Lehrkräfte formulierten Vorgaben gelten auch für pädagogische Fachkräfte und weiteres Betreuungspersonal in offenen Ganztagsschulen und weiteren Ganztagsangeboten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die den Lehrkräften zugeschriebenen Aufgaben nur von Lehrer/-innen ausgeübt werden müssen. Sie sind auch von den pädagogischen Fachkräften und dem weiteren Betreuungspersonal wahrzunehmen, da die außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagsschule und weitere Ganztagsangebote als schulische Veranstaltungen gelten.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW haben gemeinsam mit den zuständigen Unfallversicherungsträgern die für die Information der Betreuungskräfte wichtigen Themen Aufsicht, Bewegung, Spiel und Sport, Unterrichtsgänge und Erste Hilfe in einem Flyer kurz zusammengefasst.

Den Flyer mit weiteren Informationen und Hinweisen gibt es als Download u.a. unter:

www.rguvv.de.

Weitere Hinweise auch unter:
www.rguvv.sichere-schule.info/
www.schulministerium.nrw.de
www.ganztag.nrw.de
www.schulsport-nrw.de
www.guvv-wl.de
www.luk-nrw.de

Neuerungen im Schuljahr 2007/2008

Informationen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung anlässlich der Schuljahrespressekonferenz am 03.08.2007

Frühere Einschulung

Der Stichtag für das Einschulungsalter wird beginnend mit dem Schuljahr 2007/08 schrittweise vom 30.06. auf den 31.12. verlegt:
– zum Schulj. 2007/08 auf den 31.07.,
– zum Schulj. 2009/10 auf den 31.08.,
– zum Schulj. 2011/12 auf den 30.09.,
– zum Schulj. 2012/13 auf den 31.10.,
– zum Schulj. 2013/14 auf den 30.11.,
– zum Schulj. 2014/15 auf den 31.12.

Den Eltern bleibt es weiterhin unbenommen, für ein nach dem jeweiligen Stichtag geborenes Kind eine frühere Einschulung zu beantragen, wenn es schulfähig ist. Kinder, die nach dem 30. September das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern auch ein Jahr später eingeschult werden, ohne dies im Einzelnen begründen zu müssen. (...)

„Kopfnoten" für das Arbeits- und Sozialverhalten

Zur besseren individuellen Förderung gehört es, ein größeres Augenmerk auf das Arbeits- und Sozialverhalten der Schüler/-innen zu richten. Soziale Kompetenzen sind heute neben dem Wissen Grundvoraussetzungen, um den Bildungs- und Berufsweg erfolgreich zu durchlaufen. Das Arbeits- und das Sozialverhalten der Schüler/-innen wird deshalb künftig in den Notenstufen „sehr gut", „gut", „befriedigend" und „unbefriedigend" bewertet und, gegebenenfalls durch eine ergänzende Beschreibung, auf den Zeugnissen entsprechend dokumentiert. Auf dem Zeugnis wird zudem in einem Bemerkungsfeld besonderes schulisches oder außerschulisches Engagement der Kinder und Jugendlichen gewürdigt, zum Beispiel in der Schülervertretung, in Redaktionsteams der Schülerzeitung oder in der außerschulischen Jugendarbeit.

Freie Wahl bei der Anmeldung für die Grundschule

Vor diesen Herbstferien können Eltern erstmals ihre Kinder an einer anderen als der wohnortnächsten Grundschule für das Schuljahr 2008/ 09 anmelden (...) Die Schulwahl kann damit endlich den vielfältigen individuellen Bedürfnissen von Eltern und Kindern Rechnung tragen, die sich etwa aus der Notwendigkeit ergeben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Andererseits wird erstmals ein gesetzlicher Anspruch auf den Besuch der wohnortnächsten Grundschule in der Heimatgemeinde im Rahmen der Aufnahmekapazitäten eingeführt. Wer also sein Kind am besten in der Schule in der unmittelbaren Nachbarschaft aufgehoben sieht, wird dort wie bisher einen Platz bekommen.

Jeder Ausbildungsbetrieb hat zudem Anspruch auf den Besuch seiner Auszubildenden an der nächsten Berufsschule; ein Auszubildender kann nur im Einverständnis mit dem Betrieb eine andere Berufsschule wählen.

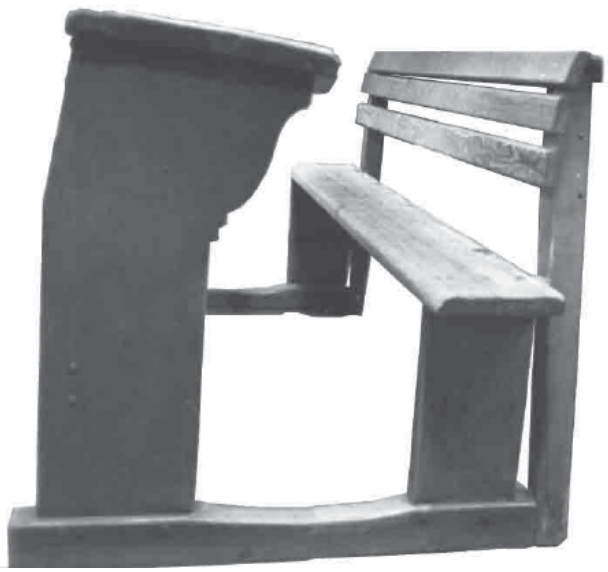
Zentralabitur

Im vergangenen Schuljahr wurden landesweit einheitliche Aufgaben für den schriftlichen Teil der Abiturprüfung an Gymnasien gestellt, im neuen Schuljahr werden zentrale Abiturprüfungen erstmals an den Weiterbildungskollegs und den Waldorfschulen abgehalten. An den Berufskollegs erfolgt die Einführung ebenfalls mit dem Schuljahr 2007/2008 in gestufter Form.

Rechtschreibreform

Mit Beginn des neuen Schuljahres endet in NRW die Übergangsfrist der Rechtschreibreform bei der Korrektur und Fehlerbewertung von Schülerarbeiten. Die amtliche Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in der Fassung von 2006 ist bereits seit dem vergangenen Schuljahr verbindliche Grundlage des Unterrichts. Bis zum 31. Juli 2007 galt an allen Schulen jedoch noch eine Übergangsfrist, nach der veraltete Schreibweisen nicht als Fehler zu bewerten, sondern lediglich zu kennzeichnen waren. In Zweifelsfällen werden Wörterbücher zugrunde gelegt, die nach den Erklärungen des Verlages der amtlichen Regelung vollständig entsprechen.

Weitere Informationen zu den Neuerungen auf der Website des Schulministeriums NRW unter: ww.schulministerium.nrw.de



Studie „Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in NRW durch die Kooperation mit Schule“

von Dr. Ulrich Deinet

Im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW führt Herr Dr. Deinet von der Fachhochschule Düsseldorf zurzeit eine Studie im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch. Für die im Rahmen der Untersuchungen u.a. vorgesehene Befragungsaktion wendet sich Herr Dr. Deinet mit nachfolgender Anfrage an interessierte Träger von Offener Kinder- und Jugendarbeit, die mit Schulen kooperieren. (alma)

Hypothese: Die Offene Kinder- und Jugendarbeit hat sich durch die inzwischen langjährige und vielfach verbreitete Kooperation mit Schule verändert. Ob sie mehr zum Dienstleister von Schule wird – z. B. bei Präventionsprojekten, Betreuungsangeboten etc. – oder sich als gleichwertiger Bildungspartner im Bereich non-formaler und informeller Bildung profilieren kann, bleibt eine offene Forschungsfrage.

Die Untersuchung geht davon aus, dass die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule in vielfältigen Bereichen heute weit verbreitet ist. Für die zukünftige Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit ist es von großer Bedeutung, nach einer Standortbestimmung die Entwicklungslinien dieser Kooperation und der daraus resultierenden Konsequenzen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu beschreiben. Dies kann dann auch Grundlage für eine politische Steuerung/Umsteuerung in diesem Feld sein.

Untersuchungsdesign

Erste Phase (ab 1.9.2007): Explorative Interviews. Experteninterviews mit Fachkräften aus Einrichtungen und dem „mittleren Management“ (Abteilungsleiter/-innen etc.) bei Jugendämtern und auch bei freien Trägern.

– Methode: sechs leitfadengestützte Interviews.
– Zielsetzung: Erste Überprüfung der Hypothese u.a. mit der Zielsetzung, für die zweite Phase Fragestellungen zu entwickeln.

Zweite Phase: Repräsentative Befragung. Mit einem weitgehend standardisierten Fragebogen wird eine repräsentative Auswahl der Einrichtungen der Offene Kinder- und Jugendarbeit befragt. Auf der Basis der Strukturdatenerhebung des Forschungsverbunds Deutsches Jugendinstitut/Uni Dortmund wird eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Einrichtungen gezogen, die folgende Merkmale berücksichtigt:

– Bevölkerungsdichte (Jugendamtstypen),
– Trägerschaft und
– Größe der Einrichtung.

Angestrebt werden 200 ausgefüllte Fragebögen aus Einrichtungen – aus Großstädten, Mittelstädten, Kleinstädten, Kreisen – in freier und öffentlicher Trägerschaft und verschiedener Größe (Öffnungszeiten).

Dritte Phase (2. Halbjahr 2008): Qualitative Interviews – Jugendarbeit und Schulen der Sek. I. Vorgesehen sind 18 leidfadengestützte Interviews mit Fachleuten aus sechs Kommunen (zwei Kleinstädte, zwei Mittelstädte, zwei Großstädte), an jedem der sechs Standorte jeweils mit:

– Praxis der Jugendarbeit,
– Jugendamt (Planung, Leitung …),
– Freie Träger (Planung, Leitung).

Angebot zur Teilnahme an der Befragungsaktion

Wie aus der Projektbeschreibung zu ersehen ist, besteht ein wesentlicher methodischer Schritt der Studie in einer schriftlichen Befragung von 200 Jugendeinrichtungen in NRW. Da der Fragebogen ziemlich aufwendig ist, wird er nicht direkt an alle Jugendeinrichtungen versandt. Vielmehr sollen sich Jugendeinrichtungen, die bereit sind sich an der Befragung zu beteiligen, bei Herrn Dr. Deinet melden. Aus den Interessensmeldungen soll dann eine repräsentative Stichprobe von ca. 200 Einrichtungen generiert werden, die der Verteilung zwischen den Trägergruppen, der Größe der Einrichtungen und der Verteilung auf Kleinstädte, Mittelstädte, Großstädte und Landkreise entspricht. Diesen Einrichtungen wird dann der detaillierte Fragebogen zugesandt.

Kontakt:
Prof. Dr. Ulrich Deinet
FH Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaft,
Universitätsstraße, 40225 Düsseldorf
Telefon 0211/8114665, E-Mail: ulrich.deinet@fh-duesseldorf.de

Fachberatung zur „Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ im LJA Rheinland

Die Fachberatung steht als Ansprechpartner für insb. Träger der Jugendhilfe auf kommunaler und Landesebene zur Verfügung, die die Kooperation mit Schule suchen. Das Angebot umfasst Information, Fachvorträge und, im Einzelfall, Beratung.

Ansprechpartner sind:
Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932
E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de
Herr Schaefer, Tel. 0221/809-6234
E-Mail: hp.schaefer@lvr.de

www.jugend.lvr.de

Ganztagsschulkongress 2007 – Ganztagsschulen und lokale Verantwortung

von Ralf Augsburg

Rund 1.300 Ganztagsschulprotagonisten aus ganz Deutschland versammelten sich am 21. und 22 September 2007 im Berliner Congress Center, um auf dem 4. Ganztagsschulkongress unter der Überschrift „Ganztagsschulen werden mehr – Bildung lokal verantworten" über lokale Bildungslandschaften zu diskutieren. Unter Beteiligung internationaler Experten wurden in Vorträgen und Foren alle Aspekte dieses Themas beleuchtet.

Still ist es im Kuppelsaal des Berliner Congress Center – die Zuhörer/-innen müssen offensichtlich verdauen, was sie da gerade gehört haben: Auf der Bühne hat ein Schulleiter ausdrücklich seinen Schulamtsleiter gelobt: „Ich freue mich über die Unterstützung und Hilfe, die ich durch ihn erhalte. Es ist schön zu wissen, dass man in einem Team arbeitet und nicht auf sich alleine gestellt ist." Und dann bezeichnet der Schulleiter den Schulamtsleiter auch noch als „meinen Boss".

Nicht, dass es hier zu Lande nicht auch solche engen Bande zwischen Schulen und Schulämtern gibt, aber ein solches Bekenntnis klingt doch noch immer etwas fremd. Dazu passt, dass der Sprecher aus dem finnischen Jyväskylä kommt: Sami Kalaja ist Schulleiter der Gemeinschaftsschule Kilpinen und reiste als Experte zum 4. Ganztagsschulkongress an, um zusammen mit Schulamtsleiter Eino Leisimo, der selbst viele Jahre Schulleiter gewesen ist, über die kommunale Schulentwicklung in ihrer Stadt zu berichten.

Das Thema des diesjährigen Ganztagsschulkongresses lautete: „Ganztagsschulen werden mehr. Bildung lokal verantworten". Rund 1.300 Teilnehmer/-innen diskutierten an zwei Tagen auf der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) organisierten Veranstaltung über lokale Bildungslandschaften. Denn nch der Erkenntnis, dass Lernen nachhaltiger und Lehren stressfreier wird, wenn man nicht ständig als Einzelkämpfer auf sich allein gestellt ist, setzt sich nun die Beobachtung durch, dass eine abgestimmte Zusammenarbeit aller Bildungsinstitutionen einer Kommune eine bessere Bildung, Erziehung und Betreuung der Schüler/-innen ermöglicht.

Finnland: Schulen für alle transparent

Wer Sami Kalaja und Eino Leisimo auf der Bühne erlebt, bekommt eine Ahnung davon, dass lokale Bildungsplanung alles andere als ein abstrakter Begriff ist, sondern bereits bei der stimmigen Chemie zwischen den im Bildungsbereich Tätigen einer Kommune beginnt. In Jyväskylä sind die Strategien, welche die Stadt für ihren Bildungssektor verfolgt, mit denen des Unterrichts und dem Jahresplan der einzelnen Schulen abgestimmt. Schulleiterkonferenzen und Personalgespräche werden regelmäßig mit dem Schulamt abgehalten. Der Schulbetrieb wird ebenso wie die Zusammenarbeit mit den außerschulischen Partnern jährlich evaluiert. Alle drei Jahre erfasst man durch Umfragen die Elternzufriedenheit. „Die Schulen sind für alle transparent", so Leisimo.

Die Kommune spielt in Finnland eine zentrale Rolle: Rahmenlehrpläne, Standards, fachliche Qualifikation, Besoldung und Ausbildung der Lehrkräfte werden durch sie festgelegt und organisiert. Dafür können sich die Schulen ihr Personal selbst aussuchen. Der entscheidende Punkt ist, dass die Strategien der Kommune mit jeder einzelnen Schule gemeinsam geplant werden. „Wir treffen in der Schule keine Entscheidungen,

ohne zu überlegen, welche Auswirkungen diese auf unsere Schüler/-innen haben", erklärte Schulleiter Kalaja.

Beispiele wie das aus Jyväskylä, einer Stadt mit 85.000 Einwohnern, verdeutlichten, warum manche Bildungsregionen Europas den deutschen nicht nur in Sachen Kompetenzen der Schüler/-innen voraus sind. Auf dem Ganztagsschulkongress wurde sichtbar, wie auch in Deutschland lokale Bildungslandschaften entstehen. Ein Beispiel ist die Stadt Rostock. Im Juni 2003 verabschiedete die Hansestadt Leitlinien zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule, nachdem die demographische Entwicklung und die hohe Abwanderung den Einrichtungen einen großen Legitimationsdruck auferlegten. Das Schulamt wählte zwei Stadtteile aus, in denen sich verschiedene Institutionen zu einer Bildungslandschaft verzahnen sollten. In jedem der Stadtteile beteiligten sich ein bis zwei Schulen, Schulsozialarbeiter/-innen von freien Trägern, die regional zuständige Fachberaterin des Jugendamtes, eine Jugendeinrichtung und ein Stadtteilbegegnungszentrum.

Zeit und Geduld für Bildungslandschaften

In Rostock-Evershagen schlossen sich das Ostseegymnasium, die Regionale Schule „Ehm Welk", das Stadtteil- und Begegnungszentrum und ein Jugendclub zusammen. Dort bildeten die beiden Schulen einen Schulcampus und treten zusammen mit den anderen Trägern als Einheit auf. In Rostock-Toitenwinkel kooperiert die Regionale Schule „Otto Lilienthal" mit dem Deutschen Roten Kreuz, der Vereinigten Bürgerinitiative Toitenwinkel und dem Jugendgarten „Alte Schmiede". Diese Partner entwickelten nach gemeinsamer Fort- und Weiterbildung sowie externer Beratung ein Konzept für eine lebendige Ganztagsschule. Im letzten Schuljahr gelang es, mit zehn Trägern 20 Projekte an den Schulen durchzuführen. In dem nun zweieinhalb Jahre andauernden Prozess wurden gegenseitige Vorurteile ausgeräumt und andere Professionen und deren Qualitäten akzeptiert. „Man muss Zeit und Geduld mitbringen und alle Betroffenen mit ins Boot holen – gerade die Skeptiker", berichtete Katrin Oldörp, Fachberaterin im Amt für Jugend und Soziales der Hansestadt Rostock. Dann entwickele sich ein solcher Prozess „ungemein bereichernd" und erweitere den Horizont. Man müsse diesen Entwicklungen Zeit geben, um „alle Beteiligten ihren eigenen Weg finden zu lassen".

Dass dies auch auf die Ganztagsschulentwicklung der letzten Jahre in Deutschland insgesamt umgemünzt werden kann, beschrieb bereits Eva Luise Köhler, die DKJS-Vorsitzende, in ihrer Eröffnungsrede: „Das zarte Pflänzchen Ganztagsschule, das manche auch für Unkraut hielten, hat inzwischen weit verzweigte Wurzeln geschlagen und bunte Blüten entwickelt. Die Ganztagsschule ist der Schlüssel beim Zusammenwachsen der Bildungsinstitutionen. Zur Pflege einer Bildungslandschaft bedarf es aber mehr – sie muss von engagierten Personen gepflegt werden, und auch Kinder und Eltern müssen als Leistungsträger eingebunden werden. Das braucht Zeit und Engagement über das Normalmaß hinaus, es bedarf der Geduld und natürlich auch des Geldes."

Erfolgreiche Bildungssysteme setzen auf lokale Verantwortung

Geld gibt es nie genug, aber immerhin haben bereits fast 6.400 Ganztagsschulen von rund 2,5 Milliarden EUR aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) des Bundes profitiert, wie Michael Thielen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, in seinem Grußwort berichtete. Das Thema „Lokale Bildungsplanung" ist für Thielen eine Schlussfolgerung auch aus der Erkenntnis, dass „moderne Bildungssysteme zentralistisch nicht zu steuern sind. Erfolgreiche Bildungssysteme in Europa setzen auf die Verantwortung vor Ort." Diese Verantwortung müsse man gemeinsam wahrnehmen, um insbesondere Chancengleichheit und Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu fördern. „Solange es noch Kinder gibt, die 'Verlierer' auf ihre Klassenhefte schreiben, ist die Arbeit nicht getan", so Michael Thielen.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch äußerte sich ähnlich: „Bildung muss alle einbeziehen, und sie kann nicht zentral gesteuert werden. Die Ganztagsschule bildet den zentralen Punkt in unseren Anstrengungen." Bis 2015 wolle man in Hessen – beginnend mit den Grundschulen – alle Schulen zu offenen Ganztagsschulen umwandeln. An einigen Orten würden die lokalen Bildungslandschaften schon gelebt. Zu ihnen gebe es keine Alternative, denn „ohne die Unterstützung der Gemeinde wird man scheitern". Dazu müssten sich auch die Schulen öffnen. „Das Zusammenführen ist schwierig, es gilt noch, viele kleine Fragen zu diskutieren und Autoritäten zu klären. Das alles ist neu und noch nicht geübt, und allein in Hessen müssen dies Zehntausende umsetzen", stellte Koch fest und bat ebenfalls um Geduld auf dem Weg zu zusammenwachsenden Bildungslandschaften.

Die Kommunen haben ein ureigenes Interesse an lokalen Bildungslandschaften, denn sie sehen Bildung als Mittel für Zukunftschancen, gegen Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung. Davon zeigte sich Herbert Schmalstieg überzeugt. Der ehemalige Präsident des Deutschen Städtetags stellte Beispiele wie Essen, Mannheim, Dortmund und Ulm heraus, in denen konkrete Ziele für den Bildungsbereich formuliert wurden oder der Schul- und Jugendhilfebereich eng zusammenarbeiteten. München erarbeite regelmäßige Bildungsberichte. „Die Kommunen müssen bürgerschaftliches Engagement unterstützen, Kooperationen zwischen Schule, Wirtschaft und Sport initiieren, kulturelle Bildung fördern und die Kompetenz freier Träger einbeziehen", so Schmalstieg. Auch er forderte, dass sich Schulen dem Stadtteil öffnen. „In Bildungslandschaften bedarf es ständiger Konferenzen, gemeinsamer Planung und Steuerung", meinte der ehemalige Hannoveraner Bürgermeister und sprach sich für ein Zusammenspiel verschiedener Behörden und Professionen aus.

Kontakt: Ralf Augsburg,
Digitale Zeiten GmbH,
Stephanstraße 7-9, 50676 Köln
Telefon 0221/290532900, E-Mail:
augsburg@digitale-zeiten.de
www.digitale-zeiten.de

© www.ganztagsschulen.org

Lebenswelt Schule

Modellprogramm zur Entwicklung lokaler Bildungslandschaften

Partnerprogramm der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Jacobs Foundation

Alle Kinder entsprechend ihrer Potenziale zu fördern, keines zurückzulassen und trotz wechselnder zuständiger Institutionen jedes kontinuierlich zu begleiten – wie soll das gehen? „Lebenswelt Schule: Vernetzung lokaler Akteure und Ressourcen zur individuellen Förderung von Kindern“, das neue Programm der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und der Jacobs Foundation, möchte darauf Antworten geben. Mit einem feierlichen Abendempfang, auf dem die Vertreter der drei am Modellprogramm beteiligten Regionen begrüßt worden sind, ist „Lebenswelt Schule“ am 21.09.2007 in Berlin gestartet.

„Lebenswelt Schule“ unterstützt die Regionen dabei, lokale Bildungslandschaften aufzubauen. Ausgehend von den Schulen entwickeln sie dafür die verschiedenen Bildungsangebote vor Ort so weiter, dass diese ineinander greifen und Synergien sinnvoll ausgeschöpft werden. Ob Kitas, Schulen, freie Bildungsträger, Kommunen oder Unternehmen – erprobt werden Kooperationsmodelle, die alle am Bildungsprozess Beteiligten gut zusammenarbeiten lassen. Dazu gehört, dass finanzielle und personelle Ressourcen gemeinsam genutzt werden. Ziel ist es, auf diese Weise Kinder und Jugendliche zwischen drei und 15 Jahren beständig und bestmöglich individuell fördern zu können. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Bildungsübergängen von der Elementarbildung zur Grundschule beziehungsweise von dieser zur weiterführenden Schule.

Die drei Modellregionen erhalten eine finanzielle Förderung von je 100.000,- EUR. Außerdem werden sie über drei Jahre hinweg durch Qualifizierung, eine professionelle Prozessmoderation, Netzwerktreffen und eine externe Evaluation bei ihrem Vorhaben begleitet. Insgesamt stellt die Jacobs Foundation rund 1,25 Millionen EUR für die Durchführung des Modellprogramms zur Verfügung.

Modellregionen und Vorhaben

Aus dreizehn Bewerbungen um eine Förderung wurden drei Modellregionen ausgewählt. Eine vierte Kommune hat ein förderungswürdiges Konzept eingereicht, das derzeit weiter konkretisiert wird. Es ist geplant, auch diese in das Programm aufzunehmen.

Folgende Regionen stehen mit ihren Projekten als Programmteilnehmer fest:

– Salzlandkreis (Sachsen-Anhalt) – „Porta Technikum“: Als Signal gegen die hohe Schulabbrecherquote im Salzlandkreis richtet die Stadt Bernburg eine ganzheitlich angelegte, praxisorientierte Gesamtschule ein. Sie wird eng mit den Grundschulen vor Ort kooperieren und ein Unterstützungsnetzwerk aufbauen, dem auch viele Unternehmen angehören.

Bildung in der Stadt

Kommunale Bildungsverantwortung in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

Eurogress Aachen am 22. und 23. November 2007

Die Ergebnisse internationaler Studien haben neben Qualitätsmängeln auch eine hohe Selektionswirkung des deutschen Bildungswesens offen gelegt. So sind die Bildungschancen junger Menschen in Deutschland in hohem Maße abhängig von der Herkunft und der ökonomischen Situation der Schüler/-innen.

Beide Befunde – Qualitätsmängel und Selektion – sind für Deutschland mit seinem Anspruch auf demokratische Teilhabe und Chancengleichheit sowie seiner leistungsfähigen und exportorientierten Wirtschaft nicht hinnehmbar. Eine durchgreifende und langfristig tragfähige Reform des Bildungs- und Schulwesens mit den Zielen der Qualitätsverbesserung und der Schaffung von mehr Chancengerechtigkeit ist erforderlich. Mit dem Kongress „Bildung in der Stadt“ möchte der Deutsche Städtetag einen Beitrag zur aktuellen Bildungsreformdiskussion leisten.

Denn Städte und Gemeinden prägen mit ihren vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft Deutschlands. Kindertagesstätten, Schulen und Kultureinrichtungen sind Eckpfeiler der öffentlichen Infrastruktur von Bildung. Sie sind nicht nur von Fehlentwicklungen im Bildungswesen besonders betroffen, sie sind auch die entscheidende Ebene für die Umsetzung von Reformen und bildungspolitischen Zielen.

Auf dem Kongress „Bildung in der Stadt“ werden erfolgreiche kommunale Initiativen vorgestellt und Perspektiven für ein erweitertes kommunales Engagement in der Bildung entwickelt. Der Kongress richtet sich an alle Verantwortlichen im Bildungsbereich: Entscheidungsträger in Verwaltung und Politik, Vertreter der Länder und des Bundes sowie von Schule, Jugendhilfe und Kultur sind herzlich dazu eingeladen, an einem fruchtbaren Diskurs über Bildung in Deutschland teilzunehmen.

Kontakt: Deutscher Städtetag, Dezernat Bildung, Kultur und Sport, Lindenallee 13-17, 50968 Köln
Ansprechpartner: Klaus Hebborn, Telefon 0221/3771-170, E-Mail: klaus.hebborn@staedtetag.de
Programm, Anmeldehinweise und mehr unter: www.staedtetag.de (veranstaltungen)

– Weinheim (Baden-Württemberg) – „Individuelle Lernweggestaltung am Übergang Kita – Grundschule“: Weinheim möchte die Kooperation zwischen Kitas und Grundschulen verbessern, um so die Bedürfnisse der Kinder noch besser berücksichtigen zu können. Dafür sollen z.B. Kompetenzportfolios als „Logbücher“ der Entwicklung jedes einzelnen Kindes eingeführt werden. Von dieser Idee profitieren alle Kinder, insbesondere aber jene mit Migrationshintergrund.
– Weiterstadt (Hessen) – „Bildung aus einer Hand – Lokales Bildungsnetzwerk Weiterstadt“: Weiterstadt entwickelt neue Bildungskonzepte, mit denen die Kompetenz- und Wissensvermittlung sowie das soziale Lernen gleichermaßen gefördert werden können. Dabei ist auch die Beteiligung der Eltern ein wichtiges Thema: Sie sollen in die Planungen einbezogen werden und direkt an Projekten mitwirken, zum Beispiel beim Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren.

Nicht nur die ausgewählten Regionen profitieren von „Lebenswelt Schule“: Erklärtes Ziel ist, die Ideen, Erfahrungen und Kooperationsmodelle zu dokumentieren. Auf der Internetseite *www.lebenswelt-schule.net* finden demnächst alle, die ebenfalls an einer lokalen Bildungslandschaft arbeiten, entsprechende Informationen.

Von geteilten Zuständigkeiten zu gemeinsamer Verantwortung

Das Programm „Lebenswelt Schule“ trägt der Erkenntnis Rechnung, dass bei der Ausbildung von jungen Menchen nicht in geteilten Zuständigkeiten gedacht werden kann. „Deshalb erproben die Regionen Möglichkeiten, die eine gemeinsame Verantwortungsübernahme zulassen. Schulen haben dabei eine Schlüsselrolle: Ihre Öffnung ist Voraussetzung für den Aufbau eines Netzwerkes, das sich für Kinder und Jugendliche in der Verantwortung sieht“, erläutert Dr. Bernd Ebersold, Geschäftsführer der Jacobs Foundation.

Zu einem gemeinsamen Handeln anzustiften, ist auch deshalb notwendig, damit auf Herausforderungen reagiert werden kann, vor denen das deutsche Bildungssystem steht. „Schulmisserfolgsbiographien, frühkindliche Bildung, kulturelle Unterschiede der Kinder – all dies nimmt „Lebenswelt Schule“ in den Blick. Statt nur darüber zu diskutieren, gestattet das Konzept lokaler Bildungslandschaften, diese Themen ernsthaft und konkret mit allen Beteiligten anzugehen. In den drei Regionen wird sich einiges – hoffentlich vieles – bewegen“, sagt Dr. Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung.

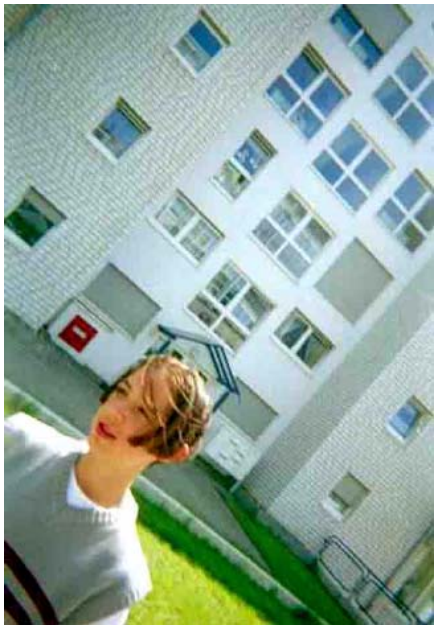
Kontakt für Fragen zum Programm und den einzelnen Modellregionen: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Peter Bleckmann, Telefon 030/257676-40, E-Mail peter.bleckmann@dkjs.de

www.lebenswelt-schule.net

LOS – Erfolgreiches Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ wird fortgesetzt

Staatssekretär Gerd Hoofe: „Wir müssen benachteiligte Menschen stärker beruflich und sozial integrieren“ – Mehr als 330.000 Menschen qualifiziert

Ob beim Wiedereinstieg von Frauen ins Erwerbsleben, der Einrichtung eines Generationencafés oder dem Betrieb einer Begegnungs- und Informationsstätte: Das Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) hilft benachteiligten Menschen und stärkt Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt das erfolgreiche Programm deshalb bis Juni 2008 fort. Für die jetzt in 276 Fördergebieten gestartete fünfte Förderperiode stehen insgesamt 24 Mill. EUR aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung. Das Programm soll auch in der ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 weiter bestehen. „Mit LOS helfen wir erfolgreich mit, benachteiligte Menschen beruflich und sozial in ihrer Umgebung zu integrieren“, erklärt der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gerd Hoofe. „Mit den maßgeschneiderten Angeboten des Programms erreichen wir die Menschen, die nicht auf dem Arbeitsmarkt Tritt fassen können. Die Zahlen beweisen das: In rund 12.000 Projekten haben wir mehr als 333.000 Menschen qualifiziert und so ihre Chancen auf beruflichen Erfolg verbessert. Wir werden das Programm fortführen, um die sozialen und beschäftigungswirksamen Potenziale vor Ort zu aktivieren und denjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, weiterhin zu helfen.“



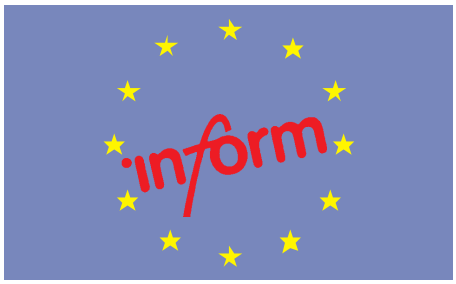
Seit 2003 wird das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ durch den Europäischen Sozialfonds finanziert. Es unterstützt mit lokalen Projekten Schulabgänger, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund beim Start oder Wiedereinstieg in das Berufsleben. Die Mikroprojekte, deren Träger überwiegend kleine Vereine oder lokale Initiativen sind, werden mit maximal 10.000 Euro gefördert.

Informationen zum Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) im Internet unter: www.los-online.de

www.bmfsfj.de, 22.08.2007

Neues aus Europa

Informationen zur EU-Förderung 2007 bis 2013



von Christian Hampel

Mit dem Jahr 2007 beginnt eine neue siebenjährige Förderphase für die EU-Bildungsprogramme, die Strukturförderung der Europäischen Union sowie weitere Förderprogramme. Grund genug, einen genaueren Blick auf die vielfältigen Möglichkeiten zur Förderung der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe zu werfen. Gerade im ersten Halbjahr 2007, also unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft, die unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam" steht, sollen Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen in der Gemeinschaft gestärkt werden. Damit der jetzt begonnene Prozess nachhaltig wirken kann, haben sich neben Deutschland auch die zwei folgenden Präsidentschaften Portugal und Slowenien zur einer „Teampräsidentschaft" zusammengetan. Hierdurch soll gerade im Jugendbereich die Kontinuität der Ratsarbeit gestärkt werden.

Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe erhalten immer mehr europäische Dimensionen. Gerade im berufsbildenden Bereich, auch für benachteiligte, beeinträchtigte und (lern-)behinderte junge Menschen, soll unter der Überschrift „education unites – Bildung verbindet" die europäische Bildungszusammenarbeit verstärkt werden. Das Programm „*Lebenslanges Lernen*", der europäische Qualifikationsrahmen (EQF) und das europäische Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET) spielen zur Herstellung von Transparenz und Vergleichbarkeit und damit zur Unterstützung der Mobilität in Ausbildung und Arbeit eine besondere Rolle.

Auch der so genannte Lissabon-Prozess, nach dem die Europäische Union bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden soll, wird durch die vermehrten Bildungsanstrengungen unterstützt. Die EU-Bildungsminister haben hierzu im Jahre 2002 das gemeinsame Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung" beschlossen, dessen zentrale Ziele die Verbesserung der Qualität der nationalen Bildungssysteme und ein erleichterter Zugang zu Bildung für alle Bürger/-innen sind.

EU-Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen (PLL) 2007 bis 2013

Im November 2006 ist der Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates für ein neues Aktionsprogramm zur allgemeinen und beruflichen Bildung unterzeichnet und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden. Damit konnte pünktlich zum 01.01.2007 das Programm für lebenslanges Lernen starten, das mit fast sieben Milliarden EUR den europäischen Austausch von Lehrenden und Lernenden aller Altersgruppen sowie die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen fördern wird. Angesprochen werden hierdurch Akteure aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie aus Island, Liechtenstein, Norwegen sowie der Türkei.

Mit dem Bildungsprogramm soll ein Beitrag geleistet werden zur Entwicklung eines hochwertigen lebenslangen Lernens und zur Förderung von hohen Leistungsstandards, Innovationen sowie einer europäischen Dimension. Außerdem soll das Programm Unterstützung bieten bei der Verwirklichung eines europäischen Raumes des lebenslangen Lernens. Schließlich will es einen Beitrag leisten zur Verbesserung der Qualität, Attraktivität und Zugänglichkeit der in den Mitgliedstaaten verfügbaren Angebote für lebenslanges Lernen.

Zur Erreichung dieser Ziele werden folgende Instrumente eingesetzt:
– Mobilität von Lehrenden und Lernenden.
– Internationale Partnerschaften.
– Multilaterale Projekte: Transfer und Entwicklung von Innovation.
– Netzwerke.
– Flankierende Maßnahmen (z. B. Konferenzen).

Das integrierte Programm besteht aus sektoralen Einzelprogrammen, die dem Namen nach aus früheren Förderzeiträumen bekannt sind:

Comenius richtet sich an den Vorschul- und Schulbereich bis einschließlich Sekundarstufe II und spricht die Lehr- und Lernbedürfnisse aller Beteiligten dieser Bildungsbereiche an. Dazu gehören auch die Berufsschulen, die sich außer dem Austausch im Schulbereich (Comenius) auch in der Berufsbildung (Leonardo da Vinci) beteiligen können.

Vieles, was bisher über das Programm Sokrates gefördert wurde (das in dieser Form und unter diesem Namen nicht weitergeführt wird), geht künftig in die Comenius-Förderung über. Neu sind beispielsweise die Förderung der individuellen Schülermobilität und die Regio-Partnerschaften, vorwiegend im grenznahen Raum.

Erasmus richtet sich nach wie vor an die Hochschulen und ist auf die Lehr- und Lernbedürfnisse aller Beteiligten der formalen Hochschulbildung und der beruflichen Bildung im tertiären Bereich zugeschnitten. Gefördert wird die Mobilität von Studierenden, Dozenten, Hochschulpersonal; neu ist hier die Förderung von Praktika für Studierende, die bisher über Leonardo möglich war.

Bis 2013 sollen mindestens drei Millionen Studierende die Gelegenheit zu einem Auslandsstudium oder -praktikum erhalten.

Leonardo da Vinci ist als Förderprogramm in der beruflichen Bildung für die Jugendsozialarbeit und -berufshilfe sicher der interessanteste Programmteil. Deshalb soll hierauf ausführlicher eingegangen werden. Gefördert wird die berufliche Mobilität von
– Personen in der beruflichen Erstausbildung (einschl. Berufsvorbereitung),
– Personen auf dem Arbeitsmarkt und
– Fachleuten der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Ziele sind der Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen, der gegenseitige Erfahrungsaustausch und die Erleichterung und Steigerung der beruflichen Mobilität.

Durch verschiedene Vereinfachungen im Verfahren soll bis zum Ende der Programmlaufzeit das ehrgeizige Ziel erreicht werden, europaweit jährlich 80.000 Auszubildende und Arbeitnehmer zu fördern, etwa 11.000 davon aus Deutschland. Für diesen Programmteil stehen insg. 1,725 Mrd. EUR bereit.

Neu im Programmteil *Leonardo da Vinci* sind
– vorbereitende Besuche (bis zu eine Woche),
– kleine Projekte (bis zu drei Teilnehmer/-innen), zunächst nur in der Erstausbildung,
– Poolprojekte zur Förderung der individuellen Mobilität.

Die EU wie die Nationale Agentur haben Kriterien benannt, die die Qualität der Austauschmaßnahmen sichern sollen. Sprachliche und kulturelle Vorbereitung, pädagogische Begleitung der Teilnehmer/-innen, Validierung der erworbenen Kompetenzen und Dokumentation im EUROPASS Mobilität sind notwendig. Grenzüberschreitende Verbundausbildung, frühe Förderung, Mobilitätsprojekte im ersten (Förder-)Jahr, kleine (max. drei Teilnehmer/-innen) und Poolprojekte haben besondere Chancen auf Förderung im Jahre 2007.

Im kommenden Jahr wird eine Reihe von Innovationen im Programmteil Leonardo in Kraft treten, die weitere intemationale Aktivitäten ermöglichen und einen niedrigschwelligen Einstieg in die grenzüberschreitende Kooperation ermöglichen sollen:
– die Förderung von (Lern-) Partnerschaften, die bisher nur aus *Grundtvig* und *Comenius* bekannt waren;
– vorbereitende Besuche, z. B. Teilnahme an Kontaktseminaren oder zur Vorbereitung von Mobilitätsprojekten;
– längerfristige Förderung von Mobilitätsprojekten (sog. Akkreditierung).

Grundtvig ist nicht nur der Name eines dänischen Theologen und Dichters (1783 bis 1872), der als Gründer der nordischen Volkshochschulbewegung gilt, sondern auch die Bezeichnung für den Programmteil für allgemeine Erwachsenenbildung der Europäischen Union. Förderbereiche sind die Mobilität von Bildungspersonal, Lernenden (ab 2008) und Assistenten (ab 2008) sowie die Unterstützung von Lernpartnerschaften.

Diese Einzelprogramme werden ergänzt durch ein Querschnittsprogramm (369 Mio. EUR), das abzielt auf:
– politische Zusammenarbeit und Innovation,
– Sprachenlernen,
– Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik und
– umfangreiche Verbreitungsaktivitäten

und schließlich das Programm *Jean Monnet* (170 Mio. EUR), das Einrichtungen und Aktivitäten im Bereich der europäischen Integration unterstützt.

Jugend in Aktion 2007 – 2013

Das neue EU-Jugendprogramm „*Jugend in Aktion*“ wird wie das vorgestellte Programm zum lebenslangen Lernen durch die Generaldirektion Bildung und Kultur der EU verantwortet. Es bietet für alle jungen Menschen, vor allem auch für Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf, verschiedene Angebote im Bereich der nicht-formalen Bildung. Für die Bewertung und die gesellschaftliche

Förderung im Programmteil *Leonardo da Vinci*

Zielgruppe	*Mittel 2006in EUR*	*Mittel 2007in EUR*
Jugendliche in der Erstausbildung	7,036 Mio.	9,866 Mio.
Arbeitnehmer	7,036 Mio.	7,036 Mio.
Berufsbildungspersonal	1,111 Mio.	1,111 Mio.
Vorbereitende Besuche (für Projektanträge 2008)		0,182 Mio.

Anerkennung des nicht-formalen Lernens sowie zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit wird der YOUTHPASS bereitgestellt.

Als übergeordnete Ziele des neuen Jugendprogramms sind formuliert:

– die Förderung eines europäischen Bürgersinnes;
– die Entwicklung von Solidarität und Toleranz;
– die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der gegenseitigen Verständigung;
– die Entwicklung der Qualität der Unterstützungssysteme für Jugendliche;
– die Förderung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich.

In der Zeit zwischen 2007 und 2013 stehen insgesamt 885 Mio. EUR zur Verfügung, ca. 12 Mio. EUR pro Jahr in Deutschland. Damit können fünf verschiedene Aktionen durchgeführt werden, die sich jeweils unterschiedlicher Instrumente bedienen.

Aktion 1: Jugend für Europa

– Jugendbegegnungen mit Programmländern.
– Jugendinitiativen und Netzwerkprojekte.
– Projekte der partizipativen Demokratie.

Aktion 2: Europäischer Freiwilligendienst (EFD)

– EFD mit Programmländern.
– EFD mit Partnerländern.

Aktion 3: Jugend in der Welt

– Jugendbegegnungen in Partnerländern.
– Unterstützende Maßnahmen mit Partnerländern.
– Aktivitäten mit anderen Ländern.

Aktion 4: Unterstützungssysteme

– Training, Fortbildung, Vernetzung.
– Unterstützung von Strukturen und Nicht-Regierungsorganisationen.

Aktion 5: Europäische Zusammenarbeit

– Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen für Jugendpolitik.
– Kenntniserwerb im Jugendbereich.

Ausführliche Informationen zum Jugendprogramm, zu Richtlinien, Antragsverfahren, Fristen, Ansprechpartner/-innen u.a.m. gibt es im Internet unter *www.jugendfuereuropa.de*.

Auch hiermit ist der Reigen der neuen EU-Programme von 2007 bis 2013 nicht abgeschlossen. Für die Jugendsozialarbeit und die Jugendberufshilfe interessant sein können ebenfalls:

– Das Programm „*Europa für Bürgerinnen und Bürger*“. Es bietet in vier Aktionen die Möglichkeit zur Förderung einer europäischen Bürgerschaft. Von besonderer Relevanz können sein die Aktion 2 „Aktive Zivilgesellschaft in Europa“ und Aktion 4 „Aktive europäische Erinnerung“.
– Das Programm „*Kultur*“, das u. a. den grenzüberschreitenden interkulturellen Dialog unterstützt.
– Das Programm „*Progress*“ als neues europäisches Beschäftigungs- und Sozialprogramm. Hiermit soll die Erreichung der sozialpolitischen Ziele der EU unterstützt werden.

Die neue EU-Strukturfondsförderung, besonders der Europäische Sozialfonds 2007 bis 2013, die Arbeiten an einem europäischen Qualifikationsrahmen und einem nationalen Qualifikationsrahmen, mit denen die formalen und nicht-formal erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen beschrieben und vergleichbar gemacht werden sollen, zeigen, dass – gerade in der Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – europäische Fragestellungen verstärkt ins Blickfeld rücken.

Für viele Träger und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe dürften damit Instrumente zur Verfügung stehen, die die eigenen Arbeitsansätze erweitern und das pädagogische Angebot bereichern können.

Zuständigkeiten

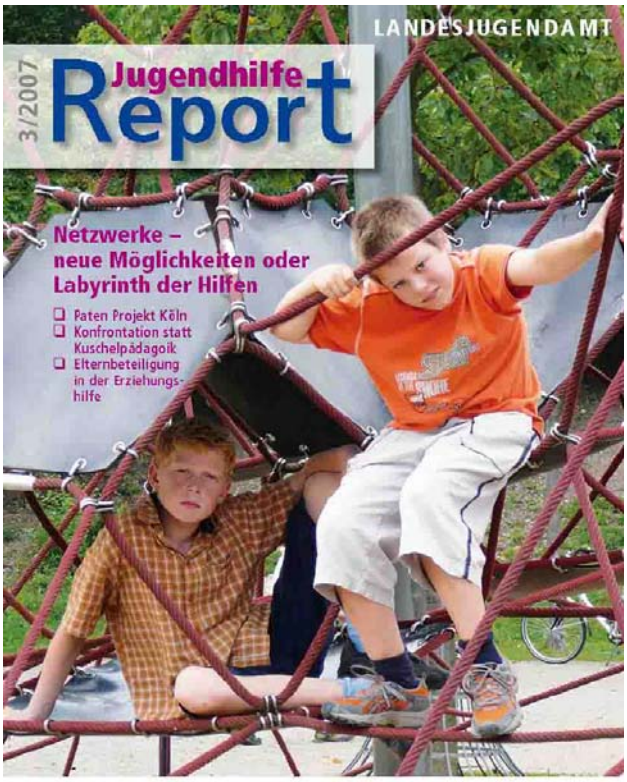
Programmteil	*Bewilligungsbehörde*
Comenius	Pädagogischer Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz Nationale Agentur für EU-Programme und SchulbereichLennéstr. 653113 Bonn www.kmk.org/pad/home.htm
Erasmus	Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)Nationale Agentur für ERASMUSKennedyallee 50 53175 Bonn www.eu.daad.de
Leonardo da Vinci	Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBBRobert-Schuman-Platz 3 53142 Bonnwww.na-bibb.de
Grundtvig	Nationale Agentur beim BIBB(Adresse wie oben)

Christian Hampel, LAG Katholische Jugendsozialarbeit NRW e.V., Gürzenichstraße 21, 50667 Köln.

Ansprechpartnerin: Franziska Schulz, Telefon 0221/27806-230, E-Mail: franziska.schulz@jugendsozialarbeit.info

www.jugendsozialarbeit.info

Erstabdruck in „jugendsozialarbeit aktuell“ Nr. 73 vom Juni 2007



Jugendhilfe Report 3/07

Schwerpunktthema „Netzwerke – neue Möglichkeiten oder Labyrinth der Hilfen“

Von 6.000 Kindertageseinrichtungen im Rheinland werden 180 in privatgewerblicher Trägerschaft geführt. Diese drei Prozent binden 20 Prozent der Arbeitsleistungen der Kolleginnen und Kollegen im zuständigen Ressource des Landesjugendamtes. Da diese Einrichtungen ohne finanzielle Förderung im Rahmen des geltenden GTK's betrieben werden, massieren sich die Konflikte im Spannungfeld zwischen wirtschaftlichen Interessen und Kindesschutzbelangen.

Soll dieses Szenario in nordrhein-westfälischen Tageseinrichtungen für Kinder der Regelfall werden? Gruppengröße und Erzieher-Kind-Relation sollen durch die kommunale Jugendhilfeplanung bestimmt werden – so sieht es der Entwurf zum KIBIZ vor. Das hieße, der Kämmerer – und in Kommunen ohne gesichertes Haushaltssicherungskonzept die Finanzaufsicht – würde zukünftig über die Bildungschancen von Kindern entscheiden. Arme Städte könnten dann ihre Kinder noch weniger fördern.

Mit Respekt, bei allem notwendigen Reformbedarf: Hier würde eine Grenze überschritten.

Michael Mertens
Leiter des Dez. Schulen, Jugend im LVR

LVR

Zum Inhalt von Heft 3/07:

Zum Schwerpunktthema „Netzwerke – neue Möglichkeiten oder Labyrinth der Hilfen“:

- Kooperation und Vernetzung: Die Achillesferse der Familienzentren?
- Netze in der Kooperation von Jugendhilfe und Schule.
- Bildungshäuser für Kinder von drei bis zehn Jahren.
- Die Christliche Sozialhilfe – ein ökumenischer Verein.
- Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaus.

Darüber hinaus im Heft: Beiträge zum „Patenprojekt Köln“, zu „Konfrontation statt Kuschelpädagogik“, zu „Eltern in der Erziehungsplanung“, zu „NeFF – Netzwerk frühe Förderung im Rheinisch-Bergischen Kreis“, Neues aus dem Landesjugendamt und dem Landesjugendhilfeausschuss, Aktuelles aus der Gesetzgebung, aktuelle Veranstaltungshinweise und vieles mehr.

Kontakt: Christoph Gilles
Telefon 0221/809-6253
christoph.gilles@lvr.de

Download unter:
www.jugend.lvr.de
(Service/Publikationen)

Impressum

inform bietet fachliche Beiträge, redaktionelle Zusammenfassungen von Gesetzesneuerungen, Runderlassen, Richtlinien, Rezensionen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

inform richtet sich an Fachkräfte, Träger, Verantwortliche von Jugendhilfe und Schule.

Redaktion: Alexander Mavroudis/alma, Stefanie Nöldgen, Hans Peter Schaefer/hps. Redaktionsschluss der Ausgabe 4/07 ist der **26. November 2007** – Kontakt: *alexander.mavroudis@lvr.de*

Korrektorat: Stefanie Nöldgen, alma

Fotos: Titelseite: LAG Evgl. Jugendsozialarbeit. Innen: LAG Evgl. Jugendsozialarbeit (3, 10); Herr Porada, Janus-Korczak-Schule, Köln (S. 15); LAG Kunst & Medien NRW (S. 4, 6, 18, 24, 28, 34); Stadt Düsseldorf/ Jugendamt, Abt. Tageseinrichtungen (S. 31); hps (S. 29, 35, 37); alma (S. 8)

Textverarbeitung: Manuela Scholz

Gestaltung & Grafik: alma, hps

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland (LVR), Dezernat Schulen, Jugend/Landesjugendamt, Hermann-Pünder-Str. 1, 50663 Köln. Im Internet: www.lvr.de. – Verantwortlich: Michael Mertens

inform ist kostenlos und erscheint in der Regel viermal jährlich. Bereits erschienene Ausgaben sind dokumentiert unter: www.jugend.lvr.de (Service/Publikationen)

Bezug: Die Aufnahme in den Verteiler für den Online-Versand erfolgt per E-Mal an: *brigitte.schweiger@lvr.de*